

**Deutscher Bundestag**  
Enquete-Kommission  
Internet und digitale Gesellschaft

Ausschussdrucksache

17(24)049-E

zu TOP 1 am 19.3.2012

15.3.2012

# Szenario 2020+

---

Antworten auf zwölf Fragen zum Thema  
„Strukturwandel der politischen Kommunikation und Partizipation“  
der Enquete-Kommission „Internet und digitale Gesellschaft“  
des Deutschen Bundestages

Christoph Kappes

<http://www.christophkappes.de>

Hamburg, 14. März 2012

A.	Warum Distanz - Die Dimension der Veränderung.....	3
B.	Fragenkomplex „Kommunikation und Partizipation“ (Fragen 2,3,4,5,6,7) .....	5
I.	Schwächung der Rolle von Massenmedien, Stärkung der Politik-Akteure.....	5
II.	Politisierung des Publikums.....	6
III.	Verbesserung Kommunikation/Partizipation durch Relevanz-Filter.....	8
IV.	Der Social Layer des Internets bekommt „Hot Spots“, „Agora 2.0“ .....	9
V.	Transparenz als typisches Ergebnis von Ver-Netzung .....	10
VI.	Transparenz und Politikstil .....	11
VII.	Datengetriebene Politik (Open Data, Big Data und Big Society) .....	12
VIII.	Partizipation und Organisation.....	13
IX.	Algorithmisierung (Zahlen, Vergleiche, Simulationen) .....	15
X.	„Liquid Law“ .....	16
C.	Frage zu Journalismus, Social Media und Meinungsbildung (Frage 1).....	17
D.	Frage zu Differenzierung nach Verwaltungsebenen (Frage 2, Satz 3).....	20
E.	Frage zu Vorteilen, Trends, Perspektiven der Informationsfreiheit (Fragen 8,9) .....	20
F.	Frage zu „Art von Öffentlichkeit“ (Frage 10) .....	21
G.	Frage zu Demokratieformen und Technik (Fragen 11,12).....	23
H.	Anlagen (2).....	25

Die Mehrzahl Ihrer Fragen – und zwar aller Fraktionen - gehen in die gleiche Richtung, meist geht es um erstens Kommunikation zwischen Bürgern und Politik und zweitens Partizipation der Bürger an politischen Verfahren, und bezüglich beider Punkte wünschen Sie eine Bewertung des heutigen Standes und einen Ausblick in die Zukunft. Die benutzten Begriffe und Schwerpunkte sind sehr abstrakt, unscharf und nicht identisch, so dass es Missverständnisse geben kann. Trotzdem möchte ich diese Fragen im Block (A., B.) beantworten, weil ich grundsätzliche Perspektiven und Entwicklungslinien aufzeigen möchte. Des weiteren stellen Sie spezielle Fragen nach Informationsfreiheit, Demokratieformen sowie Journalismus und Social Media, hierauf gehe ich am Ende dieses Dokumentes in den Abschnitten C bis G gesondert ein. Sie finden eine Zuordnung aller 12 Fragen zur Antwortstruktur in Anlage 1.

### **A. Warum Distanz - Die Dimension der Veränderung**

Nach meinem Kenntnisstand gibt es zur aktuellen Situation viele wissenschaftliche Untersuchungen, aber wenig davon ist wirklich eindeutig, verallgemeinerbar, belastbar und signifikant. Wir können heute mit wissenschaftlichen Methoden keine größeren Fortschritte oder Rückschritte bei wichtigen Fragen feststellen, seien es die nach den deliberativen Möglichkeiten des Internets, die nach Verbesserung von Medienkompetenz und Bildung, nach der Politisierung und Aktivierung der Bürger. Meinungen türmen sich auf Meinungen, Thesen stapeln sich auf Thesen, alles ist ein großes Feuilleton der Begeisterten oder der Skeptiker – und alle haben recht, mit Ausnahme der Extrempositionen, weil die Extrembegeisterten die mitunter doch recht ernüchternden Fakten gar nicht erst zur Kenntnis nehmen, während die Extremskeptiker die entscheidende Analysephase gleich überspringen, warum nämlich die Dinge so passieren, wie sie passieren.

Denn was wir beobachten, ist aus verschiedenen Gründen als noch sehr frisch anzusehen. Es sind mindestens die folgenden fünf Dimensionen, in denen die Technik und ihre Nutzung sich noch weiter entwickeln werden:

1. Dimension „Leistung“: Computer und Internet sind zwar nicht mehr neu und die öffentliche many-to-many-Kommunikation existiert seit 30 Jahren (Usenet, Newsgroups), doch ist das Social Web in der Endkunden-Form nicht älter als fünf Jahre: die flüssige Kommunikation in losen und netzartigen Inhalts-Strukturen, das unadressierte Senden, Folger-Strukturen und Mikrokommunikation (wie bei Twitter), vorgefertigte Instant-Kommunikationsakte (wie das „Gefällt mir“ bei Facebook). Wir sehen am eher inhaltezentrierten Konzept von Google Plus im letzten Jahr, an Fehlschlägen wie Ping, an den wöchentlichen Änderungen bei Facebook und Neueinsteigern wie Tumblr, Path und Pinterest, daß die Konzepte der Technik noch volatil sind.
2. Dimension „Zeit“: Vergleicht man den Lebenszyklus mit anderen Techniken, befinden wir uns in einem vermutlich noch sehr unausgereiften Stadium. Zehn Jahre nach Erfindung der Radiowellen gab es noch sog. „Knallfunkensender“, die ohrenbetäubenden Lärm machten und nur wenige Kilometer Reichweite hatten. Der elektrische Strom kam erst in den 1930er Jahren in deutsche Haushalte, 60 Jahre nach der Erfindung des Dynamos durch Siemens und 250 Jahre nach der Entdeckung elektrischer Ladung. Die Automobilindustrie macht auch seit 1970 noch gewaltige Fortschritte bei der Sicherheit, sogar die Schifffahrt wird in den letzten 40 Jahren durch Containerschifffahrt enorm verbessert. Kurz: Wenn das Internet eine neue Technik ist, so betrachten wir gerade eine Technik im Embryonenzustand.

3. Dimension „Nutzungsumfang“. Soziale Netzwerke liegen derzeit bei 40% der Online-Population. Geolocation wird heute nur von weit unter 5% der Online-Population genutzt, echte und nicht inaktive Twitter-Nutzer stellen nach meiner Einschätzung nur ca. 2% der Online-Population dar, wobei die Zahl der Personen im Promillebereich liegt, die neue Inhalte schöpfen (sog. *Creators*). Diese Anwendungen stiften Nutzen, erhöhen Effizienz und erweitern unseren Handlungsraum durch neue Möglichkeiten. Daher ist es wahrscheinlich, dass sich die Nutzung noch viel stärker ausweitet als bisher (also bei Facebook o.ä. verdoppelt, von Twitter und Geolocation verzehnfacht).  
(Leider wird diese Logik auch von Fachleuten selten verstanden. Twitter beispielsweise ist nicht nur „Schnatterwerkzeug“, sondern bietet die maximale Informationsdichte, die man in einer Zeitspanne verarbeiten kann, in der man sonst unproduktiv wäre. Facebook eröffnet neue Möglichkeiten durch Kontakte zweiter Ordnung, die offline nicht mit vertretbarem Aufwand erschlossen werden können.)
4. Dimension „Nutzungsweise“: Der Gebrauch des Social Web ist bezüglich der Werkzeuge und ihrer Funktionsweise einfach zu erlernen, jedoch sind die dabei entstehenden Muster, Handlungsoptionen und ihre Chancen und Risiken für alle Menschen neu. Menschen brauchen viel Zeit, um neue Möglichkeiten auszuloten und neues Verhalten zu entwickeln. Es hat zum Beispiel sehr lange gedauert, um von der Vorstellung einer „ewigen Website“ mit statischem Verhalten zu „Instant-Aktivismus-Typen“ zu kommen, die nur für eine mehrtägige Kampagne entwickelt werden. Bei Google Plus perpetuieren alle Nutzer altes Medienverhalten, indem sie Texte mit lauten und reichweitenoptimierten Schlagzeilen posten, jeder ist ein „Micro-Medium“. Dabei sind unendlich viele Muster an neuen Formaten, Zyklen, Formen, Inhalte- und Personenketten noch zu erforschen – warum nicht jeden Sonntag um 15 Uhr eine politische Matinee im Hangout, als Stafette von Nutzer zu Nutzer übertragen wie das olympische Feuer? Wir müssen davon ausgehen, dass es noch über eine Dekade dauern kann, bis sich neue und stabile Kommunikations-Muster entwickelt haben – und das gilt für die Nutzung der Technik auf ihrem heutigen Stand.
5. Dimension „Innovation“: Das Semantic Web, Internet of Things, Social TV, Social Commerce, Automatisierung und Agenten werden neue Nutzungsmöglichkeiten bieten, die grundlegend anders als die heutigen Möglichkeiten sind.

Wir müssen uns also für den Blick nach vorne eine ganz andere Nutzung in fünf Dimensionen vorstellen. Hier ein paar Beispiele:

- Bürger-Empörung (ein „Shitstorm“) wird, wenn sie jeden zweiten Bürger erfasst, 40 Millionen Nutzer statt vielleicht 4.000 haben, also um Faktor 10.000 mehr.
- Bürger werden Medien in hochverdichteten Social TV-Umgebungen wahrnehmen, bei denen Millionen Menschen zeitgleich zu Talkshows eines Anne-Will-Formates ihre Meinung artikulieren und vordefinierte Kleinstaktionen per Mausklick vornehmen.
- Ein solches Social-TV-Format wird neue Rückkoppelungsmechanismen haben und sich wahrscheinlich in puncto Aufmerksamkeitspegel und Lautstärke so zu heutigen Talkshows verhalten wie diese sich zum Sonntagsfrühschoppen Werner Höfers.
- Alle politischen Standpunkte, Themen und Argumente werden nach Art einer Wikipedia dokumentiert sein. Eine Landkarte der Politik entsteht.

- Tagesnachrichten werden von Google und anderen Aggregatoren direkt von Nachrichtenagenturen lizenziert und in ihren Produkten vollständig angezeigt; die Bedeutung nationaler Publikationen von deutschen Verlagen sinkt.
- Wikipedia führt – wie heute schon bei Fukushima - stundengenaue Themenseiten mit Links zu den Quellen.
- Viele Politiker nehmen bei ihren öffentlichen Auftritten den Videostream auf und strahlen diesen live auf Youtube aus - und über Verteilsysteme wiederum in Parteikanäle und eigene Auftritte.
- Jeder Politiker wird von hunderten ihm bekannter und wohlgesonnener Menschen Rückkoppelung erhalten, weil neben den offenen General-Interest-Netzwerken eben auch die geschlossenen Special-Interest-Netzwerke (Typ *Path* heute) bestehen.

Dies alles sind keine Utopien, sondern realistische Einsatzmöglichkeiten. Die Technik dafür ist längst da - und sie wird genutzt werden, weil dies aus der Ziel-Logik der jeweiligen Akteure folgt. So ist neben den oben genannten Treibern für soziale Netzwerke ist evident, dass Fernsehshows zu „Social TV“ mutieren, weil sie dadurch Nutzer binden und Reichweite erhöhen, während für Bürger das Erlebnis noch intensiver ist und schon die Möglichkeit der Beteiligung dem *Couch Potatoe* wichtig ist. Und Politiker werden *Livestreams* machen, weil es sie ohne Zusatzkosten ihr Tun dokumentieren, Eigenwerbung machen und sich zeitgeistig transparent darstellen können. Jeder Politiker will von hunderten ihm bekannter und wohlgesonnener Menschen Rückkoppelung erhalten, weil diese Menschen ihre besten Kritiker und Unterstützer sind.

Für politische Zwecke ist es daher wenig sinnvoll, sich mehr als nur cursorisch mit empirischen Daten über heutige Nutzung zu befassen. Entscheidend ist die Sicht auf ein in jeder Dimension verändertes Nutzungsverhalten. In den folgenden Antworten auf Ihre Fragen versuche ich eine Entwicklung in zehn und mehr Jahren zu prognostizieren („Szenario 2020+“). (Ursprung der Idee sind meine „**50 Thesen zur Veränderung von Politik durch Digitalisierung**“<sup>1</sup>, Anlage 2, sowie die darauf beruhenden Diskussionen mit Dritten).

## **B. Fragenkomplex „Kommunikation und Partizipation“ (Fragen 2,3,4,5,6,7)**

Es gibt eine Reihe von Phänomenen, welche Auswirkungen auf die politische Kommunikation und Teilhabe haben und haben werden.

### **I. Schwächung der Rolle von Massenmedien, Stärkung der Politik-Akteure**

Klassische Massenmedien werden zwar auch im digitalen Zeitalter weiter existieren, weil sie soziale Zwecke erfüllen: Sie erfüllen ein Bedürfnis nach sozialer Realitätskonstruktion, stellen ein Minimum an kultureller Gemeinsamkeit her und versorgen alle anderen Teilsysteme der Gesellschaft mit Information. Klassische Massenmedien verlieren aber ihre starke Torwächter-Funktion aus mehreren Gründen:

1. wird ihre Wertschöpfungskette entbündelt,
2. sind neue Torwächter (insbesondere Suchmaschinen und Aggregatoren) auf den Plan getreten,

---

<sup>1</sup> auf meine 50 Thesen.

<sup>2</sup> Siehe meinen Beitrag „Menschen, Medien und Maschinen – Warum die Gefahren der“ 5

3. entstehen im Publikum neue „Mega-Hubs“ (frühe Beispiele sind z.B. Sascha Lobo oder Youtube-Blogger)
4. entstehen neue, losere Strukturen von Inhalte-Erstellern, weil im digitalen Zeitalter die Kommunikation unter räumlich Anwesenden an Bedeutung verliert, die Bepreisung und Abrechnung dynamisch von Maschinen erledigt wird und dies zur Entbündelung von Inhalte-Produkten führt,
5. können einzelne Journalisten „Stars“ werden, die bisher hinter einer Medienmarke kaum sichtbar waren.

Für die politische Kommunikation bedeutet dies,...

1. dass sie für die Politik komplexer wird, weil es mehr Ansprechpartner gibt und die Wirkungsmechanismen komplexer werden (siehe z.B. Diskussion um die Stellung der Bundespressekonferenz),
2. dass die politischen Akteure immer mehr selbst mit dem Bürger kommunizieren und nicht so sehr auf massenmediale Vermittlung angewiesen sind wie bisher
3. dass die politischen Akteure selbst immer mehr zu „Massenmedien“ werden und so mehr Deutungshoheit als bisher erhalten werden
4. nach meinem Eindruck gewinnen politische Akteure sogar mehr Hoheit, als sie seit Gründung der Bundesrepublik jemals hatten: sie entscheiden selbst wieder über den Kontext (und können gegebenenfalls re-kontextualisieren), sie entscheiden selbst über den benötigten (Zeit-) Raum und sind nicht mehr den Gesetzen kommerzialisierter Medien unterworfen, die keine Statements von mehr als 90 Sekunden ohne Unterbrechung zulassen.
5. dass sie zunehmend mit *Influencern* zu tun haben werden, die unabhängig sind und sich mit hoher Reputation einmischen, die aber zum Teil mangels Sachkompetenz auch unvorhersehbar operieren („Rockstars“, „Tennis-Oldies“, „Fantasy-Romanautoren“ etc. können an Einfluss gewinnen). Hier kann es mehr zur Irritation als zur diskursiven Klärung kommen.
6. Kommunikation wird insgesamt aufwendiger. Wenn aber Kommunikation mit dem Publikum nicht alleiniger Zweck von Politik ist, sondern auch das aktive Gestalten und Problemlösen, wird es eine Gegenentwicklung geben, welche die Effizienz sicher stellt. Wahrscheinlich kommt es zu einer Rollenverteilung in „Aussenkommunikatoren“ und andere Politikerrollen (s.u.).

Besonders wichtig und klärens Wert erscheint mir dabei

- Das eigene Rollenverständnis politischer Akteure im Spektrum zwischen „Leadership“ und „Moderation“ oder „Change Management“, „Management“.
- Die Bereitschaft in der Politik, ihre Rollen weiter auszudifferenzieren.
- Die Erwägung von qualitätssichernden Mechanismen im Internet (z.B. „Politipedia“ einer Bundeszentrale für Politische Bildung, Externe Ratingmechanismen für beliebigen Inhalte nach Art von BildBog, WikiWatch).

## II. Politisierung des Publikums

Wahrscheinlich kommt es aufgrund verschiedener Phänomene zu einer Politisierung des Publikums.

Ein Spezifikum des Internets ist, dass seine Inhalte im Unterschied zu herkömmlichen Massenmedien jederzeit abgerufen werden können und über verschiedene Mechanismen (Suchmaschinen, *Links*, *Tagging*) stark miteinander verwoben sind. Hierdurch wird

die tatsächliche Vielfalt der Meinungen besser als zuvor sichtbar<sup>2</sup>, Einstiegspunkte sind seltener Sackgassen.

Diese Vielfalt wird durch Social Media noch weiter verstärkt, weil die Gründe für eine Verbindung zwischen zwei Personen häufig andere als die gleiche politische Orientierung sind, so dass die Steuerung von Nachrichten über den Social Graph – verglichen mit herkömmlichen Medien - zu mehr Vielfalt der sichtbaren Meinungen führt. Es kommt zur Einbettung von allgemeinen politischen Nachrichten über den eigenen Bekanntenkreis (via *Social Graph*).

Der Effekt wird sich ein weiteres Mal verstärken, wenn die als „Fernsehen“ bezeichneten linearen audiovisuellen Angebote ins Internet als Container-Medium konvergieren, so dass ein TV-Kanal nicht mehr gegen andere und diese alle nicht gegen den „Rest der (Internet-) Welt“ abgeschildert sind; eine Nachrichten-Vermeidungs-Strategie wird also immer schwieriger.

Zusätzlich zur oben genannten Politisierung der Informationsströme kommt es durch drei Phänomene zu einer Politisierung des Publikums:

1. internetspezifische Formen der Informationsverdichtung (*Trending Topics*, *Retweets*) machen automatisch die Meinungstendenzen sozialer Bezugsgruppen erkennbar,
2. niedrigschwellige ad-hoc Mikrointeraktionen („+1“, „LOL“, dem Folgen eines Aktivistenkontos ... ) aktivieren die Nutzer untereinander (Resonanzeffekte),
3. Formen von Instant-Aktivismus wandeln diese Ad-hoc-Impulse in stärker gerichtete, ausformulierte und entscheidbare Gruppenaktivität (siehe Aktivismus-Plattformen und Baukästen wie *Campact* und gleichförmige Kampagnen aus dem Umfeld von *D64* oder *netzpolitik.org*, „Vom +1 zur politischen Forderung“).

Es ist für Bürger zwar weiterhin möglich, die politischen Informationsströme auszublenken. Doch wird das Ausblenden viel schwieriger, da einige politische Themen emotional stark aufgeladen sind und zu einer Resonanz im eigenen sozialen Umfeld führen, die nicht übersehen werden kann. Dem vielzitierten Satz eines Studenten „Ist die Nachricht wichtig, wird sie mich finden“<sup>3</sup> nachempfunden, lautet das politische Motto in Zeiten von Social Media: „Ist die Empörung wichtig, wird sie mich finden“.

Ob diese Politisierung des Publikums ein Risiko oder eine Chance darstellt, hängt sehr davon ab, ob es den politischen Akteuren und konstruktiven Bürgern gelingt, die „Empörung“ in konstruktive Kommunikation umzuwandeln.

Die Chancen hierfür stehen gut, weil – wie oben gezeigt – durch neuere Internetangebote die Aktivitätsschwelle gesenkt wird. Im Vergleich zu herkömmlichen Teilnahmeformen, bei denen nur 2% der Bevölkerung überhaupt Parteimitglieder und ein Promille-Bruchteil Demonstranten oder Petenten sind, stellt die häufig als „Clicktivism“ verspottete Mikrointeraktion eine zusätzliche Möglichkeit dar, jederzeit mit minimalem Einsatz den politischen Willen zu bekunden. Es ist also genau andersherum als vielfach behauptet. Online-Mikrointeraktion ist eine wichtige Neuerung, die der inneren Logik von Innovation gehorcht: sie bietet effizientere Handlungsmöglichkeiten und sie bietet mehr

---

<sup>2</sup> Siehe meinen Beitrag „Menschen, Medien und Maschinen – Warum die Gefahren der Filter Bubble überschätzt werden“ in Merkur 3/2012

<sup>3</sup> Nach Brian Stelter, Finding Political News Online, the Young Pass it On, <http://www.nytimes.com/2008/03/27/us/politics/27voters.html>

Möglichkeiten als die Teilhabeformen der Vergangenheit. (Dies ist für politik-sozialisierte Menschen aller Lager mit Erfahrungen aus Bürgerbewegungen oder AStA-Schlachten wahrscheinlich kaum nachvollziehbar (auch ich musste längere Zeit umdenken), aber die Richtigkeit dieser Interpretation zeigt sich heute schon daran, dass Massenmedien eben diese Mikrointeraktionen zitieren und beinahe jede nicht selbstreferentielle Erregung als Impuls aufnehmen.)

Denkbar ist jedoch auch, dass die Kombination aus erhöhten Pegeln/Impulsen der Diskussion mit gesenkten Barrieren zum gegenteiligen Effekt führt. Hier spielen Aufschaukelungseffekte eine große Rolle, die durch die Wahrnehmung des jeweiligen sozialen Referenzrahmens ausgelöst werden und wahrscheinlich tief in der menschlichen Psyche verwurzelt sind.<sup>4</sup>

Diese Zusammenhänge untersuchen zu lassen, sie selbst zu beobachten und in konstruktive Handlungen zu transformieren ist meines Erachtens für unseren Fragenkomplex die derzeit vornehmste Aufgabe der Politik. Dies bedeutet mindestens, dass sie ihren Teil zu einer Versachlichung der Lage beiträgt und vorsorglich über dämpfende Strukturen und Prozesse nachdenkt. In einem Land mit der Geschichte Deutschlands halte ich das sogar für eine historisch gut begründbare Aufgabe.

### III. Verbesserung Kommunikation/Partizipation durch Relevanz-Filter

Einer der Gründe, warum sich mitunter nur wenige Bürger einbringen, könnte darin zu suchen sein, dass sie sogar als Betroffene von Partizipationsmöglichkeiten zu selten erfahren. Wir haben uns daran gewöhnt, dass unsere herkömmlichen Verfahren mit Aushängen und Allgemeinverfügungen mit einer Zugangsfiktion operieren – wer sieht schon in Aushänge? Auch durch Massenmedien ist keineswegs sichergestellt, dass Bürgern eine Information tatsächlich zugeht; Reichweite ist nicht Zugang, ganze Ressorts bleiben ungelesen.

Die neueste Generation von Nachrichtenaggregatoren kann hier Abhilfe schaffen. Insbesondere wenn „Local Services“ in den nächsten Jahren zum Durchbruch kommen, werden Partizipationsangebote durch entsprechende Geofilter (ggf. zusammen mit anderen Selektionskriterien) künftig personalisiert zugestellt. Es ist mit den heutigen technischen Mitteln kein Problem, eine Nachricht zielgenau an bestimmte Bürgergruppen zuzustellen: „Selektiere alle Information aus meiner Region an Autofahrer“ ist kein Problem, wenn eine Autobahntrasse geplant wird. Bei anderen Angeboten lassen sich Pendler anhand ihrer Fahrtbewegungen adressieren oder Anwohner mit Kindern.

Entsprechende Mechanismen sind im *eMarketing* heute Standard und führen, so würde man im Online-Bereich sagen, zu „erhöhtem eingehenden Traffic“, der sich über den ganzen Folgeprozess an Online-Partizipationsangeboten („Trichter“) fortsetzt. Heutige Angebote von öffentlichen Trägern sind durchweg isolierte Solitäre, die deswegen so schwach besucht werden, weil sie als Einzelprojekt in die bestehenden *Trafficströme* nicht integriert werden. Ist aber die Beteiligung erst einmal schwach, sinkt der Reiz für Neuankommlinge dramatisch, sich zu beteiligen – ein Teufelskreis.

---

<sup>4</sup> vgl. Studie wie diese <http://pre.aps.org/abstract/PRE/v84/i1/e011130>, wonach die Wahrscheinlichkeit der Verbreitung einer Nachricht nicht-linear ansteigt, wenn ein Schwellwert von 10% einer Population diese Nachricht verbreiten.



Wenn partizipative Angebote in das bestehende Nachrichten-Ökosystem richtig eingebunden werden, muss die Beteiligung absolut steigen, weil mehr Besucherverkehr in den Trichter geleitet wird.

#### IV. Der Social Layer des Internets bekommt „Hot Spots“, „Agora 2.0“

Im Internet finden sich sehr viele Bürger-Äußerungen, die bisher noch nicht gut zugänglich sind, aber zugänglicher werden und dann mehr Attraktivität entfalten.

Im deutschen Internet werden täglich Kommentare im sechsstelligen Bereich abgegeben (an drei Site-Typen, Umfang unklar: 1.000 Kommentare je professionelle Online-Leitpublikation nicht untypisch; Kommentare in mehreren hunderttausend aktiven Blogs; 70 Millionen Beiträge am Tag allein auf Facebook; Beiträge in anderen sozialen Netzwerken). Es ist unklar, wie hoch der Anteil an Beiträgen politischen Charakters ist.

Dieser gesamte Social Layer des Internets ist also heute schon sehr inhaltsreich (quantitativ), er ist aber über tausende von Systemen verteilt und dort wiederum inhaltlich so organisiert, dass ein Gesamtbild nicht möglich ist. Schon bei Einzelangeboten wie Faz.net oder Spiegel Online ergibt sich kein gutes Bild, welche Themen diskutiert werden; eine Gesamtsicht über alle Angebote ist erst recht noch nicht möglich.

Technologieanbieter arbeiten jedoch schon heute daran, neue Sichten auf das Social Web zu generieren. *Semantic Web, Sentinent-Analysen, Social Media Monitoring* weisen alle in die gleiche Richtung, so dass es nur noch eine Frage weniger Jahre ist, dass wir „Hot Spots“ von Diskussionen sehen können. Ansatzweise sieht man schon in der Blogosphäre die Architektur: einzelne Äußerungen werden maschinell zueinander in Beziehung gesetzt (*Trackbacks*), ihre Relevanz markiert (*Tweets*, *Gefällt-Mirs*) und alles zueinander in Beziehung gesetzt und die Resonanz aufgeführt (*rivva.de*). Erste Schritte sieht man auch schon bei Facebook, deren Community-Seiten „X sprechen darüber“ angeben.

Das Ergebnis ist, dass jedermann sehen kann, was mit welcher Intensität diskutiert wird. Das Internet wandelt sich vom Seiten-Paradigma (einer Bibliothek aus Regalen und Büchern, deren kleinste Einheit die Seite ist, wie wir es seit dem Buchdruck kennen), zu einem gigantischen, mehrdimensionalen Kommunikationsraum, der auf viele Arten erschlossen werden und in unterschiedlicher Abstraktion betrachtet werden kann. Eine der Dimensionen wird eine inhaltliche sein, die sich auf Politikthemen filtern lässt, die zweite die Intensität der Diskussion, eine dritte die Geographie, eine vierte die soziodemographischen Eigenschaften der Nutzer etc. – es entstehen „Hot Spots“, an denen man diskutiert, diese sind jedoch keine Einzelangebote, sondern miteinander vernetzt, und dieses sind auch nicht für jedermann gleich gegeben, sondern durch die Perspektive des Betrachters bestimmt.

Weil nun „Hot Spots“ sichtbar werden, wird es unter Bürgern zu Konzentrationseffekten zugunsten großer Kommunikationsräume kommen, die noch größer werden („Matthäus-Effekt“). Gleichzeitig steigt hierdurch die Attraktivität für Politikakteure, die sich an Debatten mit größerer Reichweite gern beteiligen werden, das Schmutzel-Internet der Kleingruppen-Chats bekommt die Attraktivität von TV-Talkshows, wenn sie nicht ohnehin mit ihr verschmelzen.

Die Fortentwicklung des *Social Layers* mit Transparenz der „Hot Spots“ und der Konzentration auf bestimmte Plattformen wird dazu führen, dass politische Akteure und Bürger mehr als je zuvor miteinander direkt kommunizieren werden. Das Internet ermöglicht die Kommunikation unter Abwesenden und strukturiert deren Kommunika-

tion. Die „Agora 2.0“ ist ein großer, aber dezentraler Kommunikationsraum, der durch neue Sichten auf Kommunikationsakte zugänglich gemacht wird. Die „Agora 2.0“ ist gewissermaßen eine Über-Stadt, die aus Städten mit ihren Gängen, Straßen, Kreuzungen, Plätzen und Stadien besteht, nur mit dem Unterschied, dass jedermann sich per Klick in die dortige Kommunikation einschalten kann.

#### V. **Transparenz als typisches Ergebnis von Ver-Netzung**

Eine wesentliche Eigenschaft des Internets ist das Kopieren von Information, weil Datennetze immer Information transportieren, damit sie am Ende kopiert werden kann. Ein Datum, das nicht von irgendeinem System irgendwann unter irgendeinem Umstand kopiert werden soll, wird gar nicht erst ins Netz eingespeist. Ein aktives „Netz“, das wir äußerlich als Computer & Kabel wahrnehmen, erledigt in Wirklichkeit nichts anderes als das Kopieren von Computer A nach Computer B.

Kommunikation findet nur statt, wo Information die Sphäre wechselt. Also zum Beispiel von einem Ort zum anderen, von einer Organisation zur anderen, von einer Person zur anderen.

Das Internet gleicht mit seinem Kopiermechanismus informatorische Differenzen zwischen Sphären aus; es trägt also zwangsläufig dazu bei, dass Information zugänglicher wird. Es kann gar nicht anders sein, solange alle Daten in einem Netz sind oder die Netze an irgendeiner Stelle verletzlich sind. Dieses Phänomen tritt nicht nur beabsichtigt ein, sondern auch unbeabsichtigt (*Leaks* aller Art).

Derzeit werden viele Daten noch manuell in das Internet eingespeist (z.B. Texte), doch sehen wir jetzt schon automatisch erzeugte Datenspuren beim Einsatz von Software aller Art, beispielsweise Social Readern, oder bei Hardware, beispielsweise Automobil-Steuerung, welche Fahrverhalten mitprotokolliert. In einer Welt des „*Internet of Things*“ werden es dann noch mehr Automaten sein, welche entweder äußere Erscheinungen in das Internet kopieren (Web-Cams machen das heute schon) oder ihre Veränderungen als Datenstrom zugänglich machen. (Die Bedenken hieran sind bekannt; eine sozialverträgliche Technik ist mittelfristig zu entwickeln).

Die Eigenschaft der Technik, über Datentransfer Transparenz zu erzeugen, kommt den Transparenzforderungen an das politische System entgegen. Es ist möglich, alle Vorgänge der öffentlichen Hand oder von öffentlicher Bedeutung zu veröffentlichen und/oder zu dokumentieren. Beispielsweise Streaming von Sitzungen, Tracking von Bearbeitungsständen durch Berechtigte, Default-Öffnung von parlamentarischen Dokumentmanagement-Systemen.

Sofern es für die jeweiligen Akteure akzeptabel ist, spricht nichts gegen die digitale Bereitstellung dieser Daten.

Ich persönlich habe Zweifel, ob mit dieser Art von Transparenz viel gewonnen ist:

- Etwaige Legitimations- und Vertrauenskrisen können durch technische Transparenz nicht gemindert werden, da vollständige Transparenz eben nie gegeben sein kann, da sie nur durch vollständige und lückenlose Überwachung von Beamten und Abgeordneten<sup>5</sup> erreicht werden kann und somit einen menschenrechtswidrigen Zustand herbeiführen würde – das Versprechen eines wirtschaftlichen Vorteils dauert dreißig Sekunden, und der Link zum Online-Tresor ist in zehn

---

<sup>5</sup> siehe <http://de.wikipedia.org/wiki/Panopticon>

Sekunden übertragen. Kontrolle durch Transparenz kann also nicht funktionieren, wohl aber kann Transparenz der Nachvollziehbarkeit und somit Legitimität von Entscheidungen dienen.

- Transparenz betrifft informatorische Sachverhalte in Vergangenheit und Gegenwart, Vertrauen aber ist immer eine Erwartung an Verhalten in der Zukunft. Transparenz kann kein Vertrauen stiften. Vertrauen wird erlernt oder verloren, wenn Personen Handlungsfreiheit in diese oder jene Richtung nutzen. Gegenüber jemandem, der ständig beobachtet ist, kann man kein Vertrauen entwickeln. Daher steht die Forderung nach Transparenz in der Zukunft in einem Spannungsverhältnis zu Vertrauen wie Kontrolle zu Vertrauen.
- Ich glaube auch, dass sich soziale Gebilde in ihrem Verhalten an veränderte technische Rahmenbedingungen anpassen, wenn den Beteiligten das Ergebnis nicht behagt. Wer kein transparentes Verhalten möchte, wird sich in Räume zurückziehen, deren Wände nicht transparent sind. Dieses erscheint mir auch sinnvoll, weil ungeklärte Positionen, Unwissen oder eine fragende Haltung nach außen bisher noch nicht akzeptiert werden. Wahrheit braucht Schutzräume, weil Wahrheit unangenehm sein kann.
- Ich denke, wenn es eine Legitimationskrise gibt, dann ist die Ursache jedenfalls auch in dem Verhalten der Politikakteure zu suchen, Transparenz allein hilft dem nicht ab.<sup>6</sup>

## VI. Transparenz und Politikstil

Social Media können zwar nach einer Probierphase von Politikern wie ein Massenmedium (einseitiger Sender) und nur mit politischen Inhalten eingesetzt werden, aus verschiedenen Gründen ist es aber wahrscheinlicher, dass es weiterhin für Dialoge eingesetzt wird und Einblicke in Alltagstätigkeiten und Alltagskommunikation von Politikern gibt.

Social Media wirken daher einem Politikstil entgegen, den Bürger als glatt, unnahbar, patriarchalisch oder unverbindlich empfinden, was wohl auf die formale Gleichrangigkeit aller Beteiligten in Social Media zurückzuführen und dem Wunsch nach Bindung und Aufmerksamkeit zurückzuführen ist.

Doch sind traditionelle Kommunikationsstile nicht ohne Grund entstanden. Beispielsweise kann das sachliche Agieren in Rollen sinnvoll sein, um weniger zu polarisieren, breite Akzeptanz zu erreichen, sachfremde Argumentation zu vermeiden und emotionale Distanz zu bewirken, die weniger Verhaltensfehler provoziert. Ein patriarchalischer Stil ist vermutlich eine Antwort auf den Wunsch des Publikums nach Führung und vermeidet den Eindruck eigener Unsicherheit.

Eine klare Empfehlung gibt es wohl nicht. Wahrscheinlich ist der „richtige“ Weg irgendwo in der Mitte – Politiker werden als menschlicher wahrgenommen, weil sie nicht

---

<sup>6</sup> Ein Beispiel aus meiner ganz persönlichen Wahrnehmung: Wenn ein Gesetz vom zuständigen Gericht als verfassungswidrig eingestuft wird, dann ist das ein Fehler des Parlamentes – ein Fingerzeig in Richtung Gericht, dass die Rechtslage nicht verstanden habe, ist das Leugnen eigener Verantwortung in Kombination mit der Demontage anderer Verfassungsorgane. Das gilt ebenso für Abwertungen als „Wutbürger“ oder Belehrungen von 20 Millionen Bürgern über die Gefahren von Facebook. Alle drei Haltungen stehen in enger Wechselwirkung zu geringer Intensität von Bürgerpartizipation.

„glatt“ sind, sondern Profil zeigen. Es „menschelt“ dann, und das ist gut so: Jeder Mensch ist ein Störfaktor für die Systeme, weil er ein Mensch ist. Gleichzeitig muss dann Autorität aber stärker durch anderes als die Rolle gezeigt, Führung durch Persönlichkeit und Kenntnis geleistet werden. Dadurch steigen die Ansprüche an (durchschnittliche) politische Akteure.

Im Zusammenhang mit dem Transparenzeffekt führt Internetkommunikation aber auch dazu, dass eine übermäßige Aufladung mit „Sinn“ entweicht. So, wie Marken eine gewisse Substanz haben müssen, um angesichts öffentlicher Käuferkritik nicht zu kollabieren, gilt dies auch für Personen und Organisationen. Eine allzu starke Aufladung von Personen/Organisationen ist in den neuen Kommunikationsräumen nicht mehr möglich, eine größere Abweichung von IST und SOLL kann nicht aufrechterhalten werden. Dies führt meines Erachtens dazu, dass Storytelling über Politiker nicht mehr wie früher funktioniert. Die Erkennbarkeit der Profanität des Handelns politischer Akteure führt zum Zusammenbruch der Erzählungen vom Staatsmann, Vorbild, Saubermann. (Dies kann übrigens im Publikum besonders dann zu schweren Irritationen führen, wenn förmliche Staatsakte wie ein Zapfenstreich in die Szene gewissermaßen „hineinragen“, die ansonsten aus profanen Tweets besteht. Langfristig stehen hier auch Staatsymbole in Frage.)

Mir scheint es eine historisch folgerichtige Entwicklung zu sein, wenn durch Internet-Kommunikation (Informationstransparenz, Social-Media-Profanität) die Politik noch weniger inszeniert werden kann, noch weniger durch Symbolakte geschieht und noch weniger durch emotionale Aufladung wirken kann. Dies alles kann dazu beitragen, dass Politik eher als Managementaufgabe wahrgenommen wird, die Ergebnisse liefern muss und dafür Methodik verwendet.<sup>7</sup>

Auf dem Weg dahin besteht allerdings die Gefahr, dass das Publikum nach einfachen Lösungen starker Männer ruft, daher sollte man den Prozess nur so weit treiben, dass das Publikum nicht überfordert wird.

## VII. Datengetriebene Politik (Open Data, Big Data und Big Society)

Zwischen der individuellen Lebenswelt eines jeden Bürgers einerseits und der Nachrichtenlage seiner Zeitung und den Abendnachrichten des Fernsehens andererseits klafft eine Informationslücke. Was ist wirklich relevant für mich – und warum? Auf mich wirkt es so, als würde die Berichterstattung über nationale Ereignisse, angereichert mit Unmengen vermeintlich identitätsstiftender Meinungsstücke, nur dem Bedürfnis nach Identität und Weltkonstruktion nachkommen. Alles bleibt abstrakt, denn ein Transfer auf die eigene Teilwelt in ihren „kleinen Dimensionen“ findet nicht statt. Auf die Frage „Was bedeutet das für Menschen in meiner Umgebung“ oder gar „...für mich“, geben Massenmedien selten Antwort. Die wichtige Frage, ob etwa „der Islam zu Deutschland gehört“, kann nur zu endlosen Diskussionen und Lagerbildung führen, wenn keine Hypothese gegen die soziale Wirklichkeit geprüft werden kann. In der Tat finden sich im

---

<sup>7</sup> (Das heroische Bild vom Politiker, der sich selbstlos 80 Stunden die Woche für seine Mandatschaft opfert, und dabei auf EU-Ebene die große Linie versteht, während er nach dem Schützenfest Bürgern die Probleme lösen hilft, sich in der Partei durchsetzt und in einem Bereich ein erster Kenner seiner Fachmaterie ist, scheint mir ohnehin fehlerhafte Erwartungen zu erzeugen und ist teilsächlich für Frustration.)

Internet auch sehr ernüchternde Einschätzungen als einer endlos operierenden Diskursmaschine, die vor allem Meinungen transportiert.<sup>8</sup>

Durch das Internet werden den Bürgern langfristig viele Daten zur Verfügung gestellt. Schon heute können Fragen politischer Relevanz aus Open-Data-Projekten, aus Online-Publikation Privater oder z.B. der Wikipedia gefiltert werden. Die weitere Entwicklung hin zu strukturierten Daten (Stichwörter: Semantic Web, semantische Suche wie Wolfram Alpha) wird dazu führen, dass jedermann auf eine umfangreiche Datenbasis von politischer Relevanz zugreifen kann.

Gleichzeitig werden in großem Umfang „Big Data“ über soziale Verhältnisse erzeugt, z.B. Gesundheit, Mobilität, Bildung. Dieser Datenpool führt zu neuen Erkenntnissen über soziale Strukturen, ich nenne es „Data Society“.

Es ist schwierig und nur einem medienkompetenten, gebildeten Anteil der Bevölkerung möglich, diese Daten richtig zu interpretieren. Die neueren Entwicklungen im Datenjournalismus lassen jedoch vermuten, dass die Lücke zwischen allgemeinen politischen Thesen, die nur zur Lagerbildung und Selbstvergewisserung beitragen, zur konkreten Faktenlage und insbesondere zur Lebenswelt der Bürger geringer werden kann. Datenjournalismus wird hier eine wichtige Aufgabe für die Demokratie leisten.

Dies kann zu einer rationaleren Politik, genauer: rationaleren Diskursen beitragen. Dass Macht (Geld, Verträge, Reputation, Kopfzahl etc.) und Interessen am Ende entscheiden, kann und wird durch das Internet sich nicht ändern; es ist ja auch der Demokratie theoretisch immanent, welche die Herrschaft der Vielen über die Wenigen sein soll. Auch wissen wir, dass der homo oeconomicus nicht immer rational entscheidet - vielleicht kommt alles Handeln aus den Mandelkernen. Solange man aber an die Macht der Worte glaubt und der gesamte Meinungsbildungsprozess, das Parteiensystem und die Wahlprozesse auf dem Wettbewerb der Argumente fußen, sollte man eine mögliche Verbesserung der Rationalität nicht ganz von der Hand weisen.

Und wenn die Diskurse nicht rationaler werden, so werden sie vielleicht in der Schwerpunktsetzung (Ressourcenzuweisung) effizienter, weil die Sachverhalte klarer werden und weil weniger argumentative Endlosschleifen stattfinden.

### VIII. Partizipation und Organisation

Manchmal ist mit der Vorstellung von Partizipation die Idee verbunden, der „Bürger“ müsse an „dem Großen Ganzen“ teilhaben. Hier zwei Gesichtspunkte, warum das den Blick eher versperrt:

1. Neue Strukturen entstehen: Mit dem Internet ist es sehr leicht und kostenlos geworden, sich zu organisieren. Von der Artikulation über das Finden von Mitstreitern über die Gewinnung von Öffentlichkeit bis hin zur Terminfindung (*Doodle*), gemeinsamen Thesenentwicklung (*Docs, Etherpad*) zur Finanzierung (*Crowdfunding*-Plattformen) und Kampagnenführung (*Campact*) sind heute alle Bausteine da. So entstehen also eine Vielzahl von mehr oder weniger losen, mehr oder weniger zweckgerichteten und mehr oder weniger dauerhaften soziale Strukturen. Diese können selbst wiederum sehr wirksam sein und entweder auf die öffentliche Meinung, auf Parteien oder auf andere Teilöffentlichkeiten wirken.

---

<sup>8</sup> Beispielsweise Stefan Schulz, <http://sozialtheoristen.de/2011/06/14/das-internet-und-die-privatmeinung-des-einzeln/>

2. Bestehende Parteien selbst können in mehrerlei Dimension „partizipativer werden“. Im Netz finden sich viele Formen der Zusammenarbeit ohne eine lebenslange Mitgliedschaft. Einige Bürger kennen sich nicht einmal gegenseitig (*Flickr-Tagging*), andere arbeiten unter Pseudonym (*GuttenPlag*), wieder andere arbeiten nur auf befristete Zeit an Themen (Anti-Gesetzes-Initiativen), und ganz andere organisieren sich von vornherein eher Netzartig (Blog-Ringe) oder chaotisch-adhoc (*Anonymous*). Künftige Parteien werden sich ebenfalls in solche Netzstrukturen wandeln, wobei die Netzstruktur keine Alternative zur Hierarchie darstellt, sondern auch eine zweite Achse sein kann, genauso wie eine temporäre Projektstruktur. Auch Unternehmen haben sich von der Aufbauorganisation hin zur Ablauforganisation bis zur Dominanz der Projektstruktur entwickelt – und zwar immer mit Hilfe des Computers, und auch immer mit dem Ziel, jede Aufgabe möglichst mit den optimalen Ressourcen zu bewältigen. Die Politik wird sich nicht anders entwickeln, allen voran die Parteien, die schon zur ihrer eigenen Aufrechterhaltung diverser werden müssen. Zwar hat es immer schon Spezialgliederungen und Kreise/Vereine gegeben (CDA, Seeheimer, GRÜNE Akademie, Naumann-Stiftung etc.), doch ist es auffällig, dass sich nun bei allen etablierten Parteien „Außenstrukturen“ zu netzpolitischen Fragen entwickeln, vom D64 bis zum CSU-net.

Da beide Entwicklungen (1., 2.) parallel laufen werden, müssen Parteien einerseits für sich diesen Prozess der „Verflüssigung“ und „Entgrenzung“ durchlaufen (d.h. mehr oder wenige nahe Gründungen unterstützen), andererseits sollten sie sich Partner suchen, mit denen sie sich kommunikativ vernetzen können.

Im Ergebnis nimmt der Bürger nicht mehr „teil an etwas“ als einem von ihm getrennten Gefüge, sondern er ist selbst Teil dessen, an dem er partizipiert. Das wäre auch die Idealvorstellung der Herrschaft des Volkes über sich selbst.

Dieser Effekt führt zu einer Revitalisierung der Parteien, die als Netzwerk quasi wiedergeboren werden, wenn sie diese Kraft noch aufbringen, sich selbst in Frage zu stellen. Dieses jeweilige Netzwerk ist dann auch leistungsstark, weil es seine Bindungen zu anderen Personen aktivieren kann, wenn es sie benötigt (einfachster Fall ist Wahlmotivation.). Würden beispielsweise die Parteien systematisch Akquisition für Twitter machen, wäre hier ein wichtiges Diskursfeld besetzt.<sup>9</sup>

Die Gegenstrategie, statt der Entgrenzung durch Geschlossenheit die Schlagkraft zu erhöhen (Beispiel DigiGes), funktioniert als Alternative kurzfristig, wird aber wohl nachhaltig nicht so erfolgreich sein.

Der gesamtgesellschaftliche Vorteil dieser Entwicklung ist, dass durch beide oben genannten Phänomene die politische Kommunikation in einer komplexer werdenden Gesellschaft aufrechterhalten werden kann.

---

<sup>9</sup> Das Phänomen des „Blinden Flecks“ ist leider, dass die Betroffenen ihr eigenes Betroffensein meistens zu spät selbst erkennen. (Das gilt im übrigen auch für die Internet- und Werbebranche, welche die Disruption bei anderen Branchen sieht, während sie selbst noch die Frage stellt, wie sich Marken-Toilettenpapier bewerben ließe. Die Antwort lautet: Gar nicht, denn für ein ausgereiftes Produkt braucht niemand Werbung, weil sie grundlos das Produkt verteuert.)

## IX. Algorithmisierung (Zahlen, Vergleiche, Simulationen)

Das Internet kennzeichnet eine wichtige Phase von etwas größerem, das ich gern etwas altmodisch das „Computerzeitalter“ nenne. Es begann praktisch in den 1970ern, hatte Phasen von unvernetzten Hosts, von PCs, Datenstandards für (unvernetzten) Austausch, dann Vernetzung, dann Internet - das digitale System wird also immer umfassender, und es wird mit Augmented Reality, Ambient Intelligence und dem Internet of Things noch mindestens 20 Jahre zu Veränderungen führen, beispielsweise durch Healthcare-Monitoring und jede Art der Optimierung von Ressourcen, z.B. bei Car-Sharing, weg von dauerhafter Herrschaft einzelner (Eigentum) zur zeitweiligen Nutzung mehrerer (*Sharing*).

Nun ist das vielleicht akademisch, aber es richtet den Blick auf etwas wichtiges: Kommunikation, deren Veränderung wir gerade durch das Internet erleben, ist nur ein Aspekt des Computerzeitalters. Der Kern ist nicht nur Informationstransport, sondern auch Informationsverarbeitung, also die Manipulation von Symbolen wie „0“ und „1“ und „Hund“. Durch Algorithmen, die Symbole verändern,

- wird die Welt messbar,
- wird Handeln vergleichbar,
- werden Daten auf höheren Ebenen aggregiert und besser verständlich,
- werden Vorgänge aller Art von Hand oder gar maschinell dokumentiert (Textverarbeitung dokumentiert Gedanken, Wordpress Diskussionen, Seamless Sharing von Facebook die Musik)
- können über Zeitreihenanalysen Veränderungen gemessen und Muster erkannt werden
- können in Teil-Mengen Simulationen gefahren und durch Vergleich Optimierungen ermittelt werden.

Dies verändert Prozesse und Management in jedem gesellschaftlichen Teilsystem:

Entscheidungen beruhen möglichst auf Messungen, Intuition zählt weniger, Powerpoints und Mails dokumentieren jeden Schritt. Die Wirtschaft durchläuft diesen Prozess seit Dekaden, ERP-Systeme sind das deutlichste Zeichen. Das höherrangige Ziel dieser Aktivität ist Steigerung der Effizienz, die bessere Steuerbarkeit höherer Komplexität, das Schaffen neuer Möglichkeiten. Das passt nicht zum Zeitgeist, aber der Mensch handelt danach, wenn er nicht von Hamburg nach Berlin mit dem Fahrrad fährt, wenn er lieber den Fahrstuhl nimmt, wenn er digital fotografiert, wenn er lieber Mails als Briefe verschickt. Dies ist die Erzählung der Technikgeschichte.

Die politischen Akteure und ihre Prozesse werden die nächsten sein, deren Handeln von Zahlen geprägt ist. Über die gesellschaftlichen Verhältnisse werden immer mehr Zahlen zur Verfügung stehen, man wird die Wirkung des politischen Handelns (vorher-nachher) messen, man wird das politische Handeln selbst messen: Teilnahme am Schützenfest, lohnt sich das? Was hat mein Auftritt bei Lanz bewirkt? Wieviele Personen meiner Zielgruppe habe ich zu meiner Partei konvertiert? Haben meine Kollegen, die sich enthalten haben, mehr positive Resonanz aus dem Publikum? Führt mein Lobbying tatsächlich zu mehr Stimmen? Was kostet mein Twittern den Steuerzahler? (Entsprechendes gilt für politische Führung von oben nach unten und von unten nach oben, aber auch für Bürger...)

Eine der nächsten Generationen von Social Media Monitoring wird dann *Dashboards* mit *Performance Indikatoren* liefern, welche der Politik Rückmeldungen in Echtzeit über die mediale Wirkung ihres Handelns geben.

Die Auswirkung sofortiger Resonanzermittlung führt zu einer stärkeren Koppelung der Repräsentanten an den Souverän (s. G., Frage 12 zu direkter Demokratie), enthält aber auch Gefahren (Zweck-Mittel-Vertauschung der Politik, sog. „Populismus“).

Insgesamt sollte jedoch mehr Transparenz darüber entstehen, wer mit welcher Handlung welche Wirkung bei welchem Prozess erzeugt (eingeschlossen Aktivisten, Lobbyisten, Polithacker, Schnacker und Clowns). Das führt möglicherweise zu mehr Effizienz in der Politik, d.h. es schafft freie Ressourcen.<sup>10</sup>

## X. „Liquid Law“

Die Vorstellung, dass Partizipation an Prozessen bestehen sollte, verstellt meines Erachtens etwas den Blick auf die Prozesse selbst. Besser als Partizipation an Prozessen sind Prozesse, die „partizipativ-by-design“ sind, das heißt, die Prozesse selbst sollten im Vordergrund der Diskussion stehen.

Recht kann man als Gefüge von Sollensnormen verstehen, bei denen eine Instanz „Parlament“ eine verbindliche, legitimierte Entscheidung über das Soll-Verhalten der Beteiligten getroffen hat, die bis auf weiteres (prinzipiell ewig) gültig ist und die von anderen Instanzen ausgeführt wird. So gesehen gilt: **Law is Code**, eine wohlgeformte Beschreibung dessen, was gemusst, gekonnt, gedurft ist, und woraus sich also die Bewertung einer Handlung oder eines Zustandes ableiten lässt.<sup>11</sup>

Dieses Paradigma der abstrakten Normen, die auf alles Konkrete anwendbar sein sollen, ist jedoch aus guten Gründen längst aufgebrochen: Gerichte interpretieren Normen, Verwaltung hat Ermessen, Gewalten sind untereinander verschränkt, Instanzen überschreiben andere Instanzen, Organisationen werden „outsourct“ (TÜV), bewusst unabhängig konstruiert (ULD, Stiftungen etc.). Die Welt ist zu komplex, um sie mit einem abstrakten Regelsystem zu steuern.

In einer in den letzten 100 Jahren noch komplexer gewordenen Welt wird es immer schwieriger, einen Zustand zu erreichen, in dem zwischen einfacher, abstrakter Grundregel und möglichst präzise vorhersehbarer Bewertung einzelner Sachverhalte keine Lücke mehr klafft. Entweder wird das Gesetz zu umfangreich, granular und starr, oder es bleibt unklar und schafft Unsicherheit. Beide Fälle gefährden den Rechtsstaat und langfristig auch die Demokratie.

Im Computerzeitalter muss man sich meines Erachtens die Frage stellen, ob nicht gewisse Normen selbst flexibler gehalten werden können, indem sie als kontinuierlich zu

---

<sup>10</sup> An dieser Stelle nur der Vollständigkeit halber ein Hinweis auf die politische Kybernetik von Karl Wolfgang Deutsch, 1969, <http://www.amazon.de/Politische-Kybernetik-Modelle-Perspektiven-Wolfgang/dp/B0000BQH8C>, und die Kritik daran, der Mensch handle nicht rational und vieles sei nicht messbar. Die Debatte ist also schon 50 Jahre alt.

<sup>11</sup> Streng genommen eine Wissensbasis (mit Fakten) und Regeln für eine Instanz, welche feststellen kann, ob eine Handlung oder ein Zustand regelkonform ist, wenn man sie mit Fakten bestückt (und nur insoweit wie eine Reihe von Anweisungen für eine symbolverarbeitende Maschine).



verbessernd und konkretisierend verstanden werden und dieses auch dadurch zum Ausdruck kommt, dass Verfahrensbeteiligte aller Art die Fortschreibung der Normen auf bestimmten Gebieten, mit bestimmten Befugnissen und bestimmten Regeln machen.

Diese Idee wird deutlich, wenn man sich einen anderen durch die Digitalisierung ausgelösten Veränderungsprozess ansieht: Zwar entwirft der Architekt noch den Bau per Computer Aided Architectural Design CAAD, die Ausführenden greifen jedoch auf die Entwurfsdaten zu und diskutieren und ändern den Entwurf gemeinsam, wie auf mittelalterlichen Baustellen<sup>12</sup>. Die Trennung zwischen Entwerfendem und Ausführendem, die zwischen Design CAAD und Manufacturing CAM wird aufgehoben. Alle sind Autoren eines Planes, der gemeinsam fortentwickelt wird.

Es sprengt den Rahmen dieses Papiers, aber ich würde für die ferne Zukunft die Prognose wagen: das Computerzeitalter wird sich auch durch die Evolution der hergebrachten Gesetzgebungsprozesse auszeichnen. Dies in dem Sinne, dass Normierung „flüssiger“ wird, weil die Normen mit mehr „minor releases“ in Bewegung sind (die Konkretisierung geschieht durch Beteiligte) und weil man neue Verfahren findet, wie Beteiligte und oder Dritte, Sachverständige, Gerichte, neues Sollen finden und ohne erneuten Hoheitsakt der Legislative fortschreiben.<sup>13</sup> Das heißt nicht, dass Recht inhaltsleer nur noch aus Prozessdefinitionen bestehen soll. Es heißt aber, dass man bei gleichbleibenden Kernvorgaben die Strukturen so vorgibt, dass sie selbst die Inhalte fortschreiben können. Wem das zu abgehoben erscheint, der denke einmal darüber nach, warum eine ständige Rechtsprechung nicht gleich (ggf. nach einfacher Freigabe durch den Gesetzgeber) im Gesetz fortgeschrieben wird, oder ob man bei divergierenden OLG-Urteilen nicht durch Meta-Regeln entscheiden könnte oder ob man einfache Konflikte wie solche auf nachbarschaftlicher Ebene nicht durch selbstgesetztes Recht der Betroffenen kostengünstig, schnell und dezentral entschärfen kann.

Bisher ist ein „Elektronischer Rechtssetzungsprozess“ State-Of-The-Art, der als Workflow-System das bisherige Verfahren nur in das digitale Zeitalter konvergiert. Künftige Gesetze sind aber vielleicht einem Wiki ähnlicher, das von vielen verschiedenen Gruppen in unterschiedlichen Rollen bearbeitet wird, wobei der Admin-Admin natürlich das Parlament ist. Die Grundidee würde weiter hin vom Parlament stammen wie beim Architekten, die Ausführung und wäre ein verteilter, dezentraler, gemeinsamer Prozess mehrerer Instanzen.

### **C. Frage zu Journalismus, Social Media und Meinungsbildung (Frage 1)**

Erlauben Sie mir bitte grundlegende Erläuterungen zu den Begriffen „Konvergenzmedium“, „Social Media“, „Vermittlungsleistung“:

Ich würde das Internet nicht als „Konvergenzmedium“, sondern als Meta-Medium bezeichnen, das alle anderen Medientypen in sich als Träger aufnehmen kann. Dadurch ändert sich aber im Verhältnis zur Vor-Internet-Zeit konzeptionell zunächst überhaupt

---

<sup>12</sup> Hans Frei, Vitruv im digitalen Zeitalter – Auswirkungen der Computertechnik auf die heutige Architektur, NZZ, 10. März 2012

<sup>13</sup> Siehe die systemtheoretische Idee in der Rechtstheorie von Autopoiesis des Rechts und indirekter Lenkung von Systemen durch Strukturen, z.B. [http://www.samuelklaus.ch/fileadmin/user\\_upload/PDF/07-05\\_klaus\\_deregulierung\\_begriffsanalyse.pdf](http://www.samuelklaus.ch/fileadmin/user_upload/PDF/07-05_klaus_deregulierung_begriffsanalyse.pdf)

nichts, außer dass der Text, der Ton, das Bild und der Tonfilm nun digitalisiert sind, d.h. digital codiert und transportiert werden. Konzeptionell bleibt Radio „Radio“ und Zeitung „Zeitung“, wenn es denn nur digitalisiert wird. Der Begriff der „Konvergenz“ ist aus Sicht der klassischen Medien gedacht und berücksichtigt nicht neue Merkmale, insbesondere eben nicht die interaktive, transaktionale und interpersonale Kommunikation. Hier geht nicht etwas altes in etwas neuem auf, hier entsteht originär Neues, zumal es sich auch noch als weitere Möglichkeit gewissermaßen neben die herkömmlichen Medientypen legt, die ja zum großen Teil nach bisherigen Medien-Erfahrungen nicht verdrängt werden. Kurz gesagt: „Konvergenz“ richtet den Blick auf das Alte. Es nähern sich nicht nur alte Medien an, es entsteht Neues, wie immer in der Evolution.<sup>14</sup>

Auch zum Begriff „Social Media“ noch Anmerkungen, weil er suggeriert, es ginge um spezifische Werkzeuge. Das ist falsch: Betroffen ist nämlich das ganze Internet, das nun mit dem Social Layer eine weitere Dimension bekommt, man muss also sagen: „all digital media is social“. Und diese Dimension ist auch nicht irgendwie „sozial“, wie in „Sozialraum“, „soziale Marktwirtschaft“ oder „soziales Leben“, sondern von menschlichen Beziehungen im Sinne von technisch-konzeptionellen Relationen. Weil das Beziehungsgefüge maschinell abgebildet wird („A ist-Vater-von B“, „B ist-Freund-von C“) taugt es als neue Ordnungssystematik für Informationen neben den klassischen hierarchischen Prinzipien von Buch/Regal/Bücherei und klassifizierenden Taxonomien, wie wir sie aus der analogen Zeit des Buches und der Zeitungen kennen, die seitenweise, linear und hierarchisch organisiert sind. Social Media ist also nicht „Twitter“, das Social Internet ändert die Ordnung der Information, ihre Verfügbarkeit, ihre Dauer, unseren Zugang. Das ist so fundamental, dass es sogar von vielen Experten noch nicht verstanden ist.

Auch der Begriff „journalistischer Vermittlungsleistungen“ ist klärungsbedürftig, weil er die Aussage beinhaltet, journalistische Leistungen seien „vermittelnd“. Dies ist häufig zu hören, aber eine höchst naive Sicht auf das, was Journalisten tun. Ihr liegt die Vorstellung zugrunde, es gäbe ein Ereignis E, das dem Rezipienten R zu vermitteln sei. So ist es bei trivialen Nachrichten der Sorte „Hund beißt Mann“ in der einzigen Lokalzeitung, aber nicht bei komplexen politischen Prozessen in einer pluralistischen Medienwelt. Vielmehr sehen wir an einem Beispiel wie der Monate anhaltenden medialen Verarbeitung des Themas „Christian Wulff als Bundespräsident“, dass es um eine Vielfalt von Ereignissen geht, die geklärt, gefiltert, bewertet, verdichtet, neu organisiert, berichtet und mit Meinungen versehen werden, wobei Medien sich größtenteils aufeinander statt auf einen außer-medialen „Ereignis-Melder“ beziehen und sie sich also gegenseitig (!) Vermittler sind. Kurz: Die Vorstellung „Medium M vermittelt Ereignis E an Rezipient R“ ist naiv, es handelt sich in Wirklichkeit um ein hochkomplexes sinnverarbeitendes Gebilde, das im Grunde aus dem ganzen Mediensystem besteht, das sich je nach Nachrichtenlage mehr oder weniger stark und in unterschiedlichen Teilen „aktiviert“, offen und verdeckt eigene Ziele verfolgt und dabei sehr stark auch innen kommuniziert. (Freilich wirkt das Veröffentlichte auch zum Publikum und zur Politik hin).

Medienunternehmen und Journalisten sind Akteure und nicht passives, „vermitteldes“ Medium. Soweit sie in privater Hand sind, ist ihnen immanent, dass sie nach ökonomischen Prinzipien handeln, also insbesondere auf Rückkoppelung mit dem Publikum hin operieren (Reichweite). Soweit sie in öffentlicher Hand sind, können sie denklogisch nicht unabhängiger sein als jede andere im Sinne der Gewaltenverschränkung ge-

---

<sup>14</sup> ... schönes Erklär-Beispiel aus anderen Bereichen: Der Van. Ein Ergebnis der Dekonstruktion aus PKW und Bus, siehe [http://de.wikipedia.org/wiki/Van\\_\(Automobil\)](http://de.wikipedia.org/wiki/Van_(Automobil)).

trennte Organisation, weil sie durch Einsetzung und Absetzung strukturell gekoppelt mit denjenigen sind, welche sie „überwachen“ sollen (Auftrag, Kontrolle). Will sagen: beide Ausprägungen von Journalismus folgen Eigengesetzen.

Zwar kann ich mir gut vorstellen, was mit „professionellem Journalismus“ gemeint ist. Doch erscheint es mir im Lichte der Fragestellung, nämlich die politische Meinungsbildung betreffend, klüger, nicht das Trennende von „professionellem Journalismus“ und „nicht professionellem Journalismus“ zu betonen, sondern offener heranzugehen. Es gibt einfach mehrere Parameter, bei deren Zusammentreffen wir von „Journalismus“ sprechen, und wenn keiner von ihnen eintritt, ist es nur eine Meinungsäußerung, die Behauptung eines Einzelnen oder Lobby-PR. Diese Parameter sind

- die Ausbildung der Akteure (von Fachausbildung mit Studium und Berufserfahrung bis keine Ausbildung).
- die Rahmenbedingungen für Qualität (z.B. Ressourcen, Qualitätssicherung).
- die Festigkeit der Organisation (von festangestellt bis lose Kooperation von Einzelunternehmern).
- die Themenplanung.
- die Einhaltung etablierter Formate.
- die strukturelle Trennung zu kaufmännischen Funktionen und Werbung.
- die Tiefe der Leistungskette (z.B. mit Druckerei oder ohne).
- der rechtliche Regulierungsrahmen etc.

Mit so einem konzeptionellen Rahmen lässt sich jede Erscheinung vom klassischen Großverlag über das Autorenkollektiv zum gelegentlichen Einzelblogger gut erfassen, ohne schon eine Grenze zu ziehen, obwohl wir vielleicht auf die Übergänge, das Auflösen der Grenzen selbst sehen sollten.

Ich beobachte nämlich, dass auch hier sich Grenzen auflösen. Es gibt nahezu alle möglichen Kombinationen von „Journalismus“-Eigenschaften, beispielsweise Mehrautorenblogs mit und ohne feste Redaktion, mit und ohne feste Themenplanung, ausschliesslich, häufig, manchmal, nie als Journalist ausgebildeten Autoren etc. Man kann auch zunehmend die Durchlässigkeit beobachten, beispielsweise wechseln „Blogger“ vom Eigenblog zu einer professionellen Verlagspublikation, manche auch in Managementpositionen. Auch den umgekehrten Weg gibt es, Beispiel Michael Sprengs Sprengsatz-Blog, besonders Stefan Niggemeier, dem das Kunststück gelingt, sowohl Teil des professionellen Mediensystems zu sein, als auch als dessen Beobachter an Innen- und Außenplätzen so professionell zu schreiben, dass außen innen ist.

Die Auswirkungen des Auflösens von Grenzen, der Durchlässigkeit und der Vielzahl neuer Akteure auf die Politik sind oben B. I., beschrieben.

Diese Entwicklung wird aber nicht zu einer „Atomisierung“ oder gar „Zerstörung“ von Journalismus führen, sondern zu neuen Organisationsformen. Die Gründe sind einfach: Im digitalen Zeitalter braucht man weniger räumliche Bündelung, können einzelne Teile der Wertschöpfungskette rechtlich und organisatorisch getrennt sein, kann man besser nach Leistungskriterien abrechnen etc.

Auch dies bedeutet wieder mehr Diversität, auch im Journalismus, und wahrscheinlich kann sich nicht nur „nachfragebasierter Content-Schrott aus Content-Fabriken“ durchsetzen, sondern ebenso hochwertiger Journalismus, wenn die Abrechnungsverfahren und Finanzierungsformen besser werden. Das Kerngeschäft der Verleger alten Schlages, nämlich Vermarktungsrechte gegen Vorfinanzierung (sowie

Selektion dank Spürnase etc.) wird künftig nur anders abgewickelt, in loseren Strukturen.

Ich mache mir zwar wegen der Entwicklungen in der digitalen Sphäre langfristig wenig Sorgen, doch beschleunigt das digitale Medium die Qualitätsverschlechterung, die in der Masse durch privatrechtliche und öffentlich-rechtliche Mechanismen ausgelöst wird.

Böse formuliert: Viel intelligenter als seine Käufer/Zuschauer darf ein Medienangebot nicht sein. Die Mechanismen von Reichweite gab es bei Medienangeboten schon immer, doch wird nun jede atomare Interaktion messbar, so dass Qualität noch stärker unter Rechtfertigungsdruck geraten kann (s.o. „Algorithmisierung“).

Ich rate daher ausdrücklich dazu, Journalismus systematisch zu fördern, insbesondere den Veränderungsprozess der nächsten Jahre zu begleiten. Eine für die Demokratie notwendige Infrastruktur ist schwer wieder aufzubauen, wenn sie denn einmal verschwunden ist (meine Branche hat zum Beispiel viele Jahre unter dem Brain-Drain gelitten, der durch das Platzen der New-Economy-Blase zur Jahrtausendwende entstanden ist.)

#### **D. Frage zu Differenzierung nach Verwaltungsebenen (Frage 2, Satz 3)**

Die Antwort ist ausnahmsweise kurz, da ich der Politik nach den Fehlschlägen bei der Föderalismusreform die Fähigkeit zu einer Strukturreform nicht mehr zutraue:

Mit der Kommunikation unter Abwesenden und ubiquitären, digitalen Prozessen wird sich jede Organisation ändern, die diese Möglichkeiten bei ihrem Entstehen nicht berücksichtigt hat. Durch das Internet können mittlere Organisationsebenen schwächer werden oder entfallen, es kommt zugleich (!) zu einer Konzentration auf kleine und große geographische Einheiten.<sup>15</sup> An einem Ende steht vermutlich eine Stärkung der örtlichen Gemeinschaft, wie sie dem Idealbild des Kommunalrechtes entspricht (und dem Subsidiaritätsprinzip), während am anderen Ende ein übernationaler Sprach- und Kulturraum wie ein (Kern-) Europa steht.

Die aber die großen (EU-)Strukturen schwer zu beeinflussen sind, würde ich unbedingt bei der örtlichen Gemeinschaft und ihren Angelegenheiten anfangen und (mit einer Perspektive von 50+ Jahren!) Innovationen auf höhere Strukturen übertragen, wenn die Erkenntnisse gefestigt sind und auch das natürliche Lerntempo der aller Beteiligten nicht überfordert wird.

#### **E. Frage zu Vorteilen, Trends, Perspektiven der Informationsfreiheit (Fragen 8,9)**

Zu diesem Thema bin ich kein Experte.

Wenn öffentlich-rechtliches Handeln Daten erzeugt, dann ist es richtig, sie zu öffentlich zugänglich zu machen, aber das ergibt sich ja schon aus dem InformationsfreiheitsG, auch mit den dort aufgezählten Einschränkungen.

---

<sup>15</sup> Vgl. die langjährige Debatte um „Glokalisierung“; die Auswirkungen auf Raumordnung etc. sind unbedingt untersuchenswert. Siehe auch [http://de.wikipedia.org/wiki/System\\_der\\_Zentralen\\_Orte](http://de.wikipedia.org/wiki/System_der_Zentralen_Orte). Die Wechselwirkung zwischen Digitalisierung, Mobilität/Logistik und Umwelt ist höchst interessant.

Informationsfreiheit mag für den einzelnen Bürger wertvoll sein, wenn er an Interesse an begünstigenden Verwaltungsakten, an der Abwehr von belastenden Verwaltungsakten oder der Abwehr begünstigender Akte gegenüber Dritten hat. Vielleicht ist es auch im Sinne der Beobachtung der Geschehnisse in der örtlichen Gemeinschaft sinnvoll, wenn alle Beteiligten wissen, was warum passiert.

Darüber hinaus ist Informationsfreiheit bei praktischem Nutzen für alle Bürger wünschenswert, etwa bei Gesundheitswarnungen, Umweltdaten, Staumeldungen etc.

In einem dritten Fall, wenn nämlich die Daten Inputs für kommerzielle Prozesse sind, scheint es mir sinnvoll, die Daten nur gegen Gebühren abzugeben, weil dies eine sachnahe Refinanzierung für die jeweiligen Verwaltungseinheiten darstellt.

Im Hinblick auf übergeordnete Fragen des politischen Systems, nämlich: Welche Normen sind zu treffen? Was sind überhaupt die zu regelnden Sachverhalte? Was könnten die Auswirkungen von Regelungen sein?, muss man die Fragen wohl in ganz andere Richtung stellen, nämlich ergebnisgetrieben: Welche Daten werden gebraucht, wer hat sie und wie können Sie „befreit“ werden?

Ich nehme an, daß an dieser Stelle ein gewaltiger Schub für die Bürger einerseits, aber auch für die Wirtschaft bewirkt werden kann, wenn man

1. an großen und wichtigen Datenbeständen die Veröffentlichungsrechte erwirbt und diese Daten bereitstellt, etwa Wirtschaftsdatenbanken, Literatur, Lexika und Fachbüchern,
2. Software- und Betriebsinfrastruktur fördert, die das Management von öffentlichen Daten leistet
3. Infrastruktur für Crowdsourcing fördert (z.B. Apps, mit denen man bestimmte Inhalte erfassen kann)
4. die Standardisierung vorantreibt, etwa beim „Internet of Things“ in den Segmenten Haushalt, Automotive und Umwelt (siehe pachube.com)

Das würde man als Framework bezeichnen, von Akteuren, Werkzeugen, Methoden, Prozessen und die Aufgabe wäre von vornherein – anders als die „Informationsfreiheit“ – nicht die Nutzung eines Seiteneffektes, sondern die zielgerichtete Entwicklung von öffentlich verfügbaren Daten. Diese Daten könnten über APIs auch kommerziell bereitgestellt werden und – insbesondere bei Auslandsanbietern – kostenpflichtig sein, so dass sich solche Projekte eventuell refinanzieren ließen (zum Nutzen vgl. FreeBase-Kauf durch Google, zur Finanzierungs konstruktion siehe Mozilla-Foundation).

## **F. Frage zu „Art von Öffentlichkeit“ (Frage 10)**

Welcher Begriff von „Öffentlichkeit“ wird hier verwendet? Ich habe Schwierigkeiten, einen so schillernden und umstrittenen Begriff zu verwenden. Wenn wir einen Raum/eine Fläche annehmen, in dem /auf der mindestens eine Person sich mitteilt, wahrgenommen von mindestens einer anderen, und dieses Wahrnehmen für jeden anderen Dritten möglich wäre, so ist das „Öffentlichkeit“ in informatorischer Hinsicht.

Es kann aber auch ein anderes Verständnis von „Öffentlichkeit“ gemeint sein, der Begriff ist aufgeladen mit etwas, das aus dem politischen Blickwinkel folgt:

- Ist sie ein Platz, wie ein Tisch, an dem etwas gemeinsames passiert, wie in der griechischen Polis, in der sich die Besten als freie Menschen der Politik hingeben?

- Oder ist sie alles, was die Gesellschaft und ihre Teile beobachtet, in einer höheren Ordnung die Medien als Spiegel der Politik?
- Oder ist „Öffentlichkeit“ ein Interaktionsprozess, jedermann zugänglich, mit rationalen Begründungen, der die Politik legitimiert?

Die „digitale Öffentlichkeit“ ist eine Öffentlichkeit wie die prä-digitale Öffentlichkeit auch, nur dass ihre Kommunikation folgende strukturellen Abweichungen hat. Sie

- ist nicht flüchtig (jedenfalls nicht mittelfristig)
- ist häufig formell aufeinander verweisend (Links)
- geschieht jederzeit, (d.h. sie ist nicht an Zeiten gebunden)
- hat viele verschiedene Inhaltsformate (Beiträge, Kommentare, Tweets, Mikrointeraktionen etc.)
- ist dezentral organisiert
- erschließt sich erst durch die Abfrage-Dimension (dh der Empfänger entscheidet mit, was er sieht)
- ist auch personengetrieben, nicht nur dokumentgetrieben
- wird häufig ohne kommerzielle Ziele initiiert („Aufreger“, „Besinnungsbeitrag“)

Vergleicht man die Öffentlichkeit in einem Satz mit der klassischen Öffentlichkeit, so ist sie diverser, regelfreier, pulsierender, unübersichtlicher, überraschender, lebhafter. Der Grund dafür ist, dass die meisten Beteiligten ohne Geschäftsmodell operieren, rein „immateriell“-gesteuert sind (im positiven Sinne, zweckfrei ihre Meinung zu sagen, sich zu erproben, ein soziales Umfeld zu beeinflussen etc.), nie in festen Strukturen arbeiten, kaum auf inhaltliche Rahmen Rücksicht nehmen müssen.

Jeder Versuch, diese Eigenschaften durch „Blogs“ in klassischen Medien zu erreichen, kann nur dann gelingen, wenn man diese oben genannten, weiten Rahmenbedingungen auch gelten lässt, was aber innerhalb klassischer Strukturen ein Paradoxon wäre. (Blogs sind also entweder nur normale Container für normalen Content (Handelsblatt), oder sie ragen so aus der übrigen Publikation heraus, das sie vollständig diskret erscheinen (faz.net)). Folglich sind Blogs schon formal eine „Anti-Öffentlichkeit“ zu klassischen Medien – sie verhalten sich wie Löwenzahn zur Hollandtulpe. Jeder Versuch, sie bloß zu imitieren, wird vom Publikum durchschaut, weil eben beispielsweise die reguläre Textlänge die professionelle Medienproduktion erkennen lässt.

Ich bin jedoch sicher, dass diese „Art von Öffentlichkeit“ – eben richtig im politischen Sinne verstanden – trotz mehrerer hunderttausend Blogs in Deutschland wenig politische Relevanz hat (ausgenommen Netzthemen). Das liegt an schwankender Qualität der Beiträge, der lückenhaften Thementreue, den wenigen überhaupt bearbeiteten Politikthemen. Die Themen Wirtschaftspolitik, Sozialpolitik, Entwicklungshilfe finden, soweit ich das beurteilen kann, beispielsweise bestenfalls vereinzelt und nie kontinuierlich statt.

Einige Blogs beobachten die Politik, andere die Medien, in beiden Fällen versucht man es rational, insofern gehören diese schon zu einer kritischen Öffentlichkeit sowohl im Luhmann'schen wie auch im Habermas'schen Sinne. Umgekehrt werden einige Köpfe der „Netzgemeinde“ als Impulsgeber für einige Spitzendenker der klassischen Medien benutzt – Blogs wirken hier als Reflexionshilfe und Beobachter zweiter Ordnung.

Ob die „neue Öffentlichkeit“ sich kritisch gegenüber der klassischen Kommunikation verhält, ist nicht leicht zu beantworten. Einerseits ist das der Fall, weil die meisten Kommunikationsmuster - pointiert gesagt - stark individualistisch sind und auf Abwehr von allem was groß, strukturiert, verbindlich gerichtet sind. Andererseits widersteht bisher kaum jemand dem Versuch, sich in klassischen Medien (von Talkshows bis

Kolumnen) zu sonnen oder gar von diesen seinen Lebensunterhalt bestreiten zu lassen. Und die „Netzgemeinde“ ist nicht annähernd so einheitlich wie es die 68er waren, weil diese mit der Frankfurter Schule ein theoretisches Fundament hatten, für das auch Protagonisten standen. Nach meinem Eindruck ist auch die Kritik an Parteien, Verbänden und großen Organisationen nicht besonders ausgeprägt - über den ADAC könnte man aggressiver schreiben, Greenpeace wird selten kritisiert, Parteien als Ganzes sind gegenüber Einzelthemen seltener ein Thema. Ausgenommen sind natürlich die sog. „Netzthemen“ wie ACTA, LSR, VDS, Netzsperrern, JMStV etc., weil diese als äußere Angriffe auf das Internet als verbindendes Element gesehen werden. Doch auch hier erscheint mir die Klassifikation als „neue Art von Öffentlichkeit“ nicht richtig, weil Akteure wie CCC, AK Vorrat, FoeBud, Digiges, D64 etc. originär politisch sind und insofern keine „neue“ Öffentlichkeit darstellen.

Möglicherweise ist aber der Begriff des Politischen, wie er bis hierhin verstanden werden konnte, aber gar nicht so sehr von Bedeutung. Es wäre nach der Logik von Innovation ja völlig sinnlos, wenn eine Blogkultur genau die Inhalte hätte, die es schon ohne sie gibt. Blogs und Netzöffentlichkeit sind eben eine Erweiterung von Optionen, sie bieten Neues an. Dieses Neue ist ein gemeinsamer Zivilisationsprozess: Es werden Meinungen ausgefochten über Kinderfreundlichkeit am Beispiel der CeBIT, Grenzen des Product Placement in Blogs, Fehlverhalten von Markenartikelherstellern, Genderdebatten des Alltags etc. Also eben nicht die „große Politik“, sondern die kleine Politik des sozialen Zusammenlebens. Vielleicht ist es an der Zeit dafür, weil „große Politik“ ohnehin kaum noch möglich ist, oder weil – was niemand wahrhaben will – hierzulande viele große Themen insgesamt vergleichsweise komfortabel gelöst sind (Frieden, Rechtsstaat, Lebensdauer, Gesundheit, etc.) und die Gesellschaft nun auf dem Weg der Zivilisation weiter voranschreiten muss, um konkrete Regeln auszuhandeln. Knigge & Co haben ja die 68er zu recht vom Sockel gestürzt. Meine These ist: Das Internet der Blogs wird vor allem dazu genutzt, sozialadäquates Verhalten unter Gleichrangigen auf Augenhöhe auszuhandeln. Vielleicht ist das für heutige Politikakteure schwer zu sehen, weil ein „Anti“ immer leichter zu sehen ist als ein „Aliud“, weil man sich für das Anti nur das Gegenteil dessen vorstellen muß, das man kennt.

Trotzdem muss ich Erwartungen an die deliberative Kraft des Internets eher dämpfen. Die heutige „Netzgemeinde“ wird vor allem beeinflusst von einer überschaubaren Gruppe gebildeter und diskursfähiger Berufskommunikatoren.<sup>16</sup> Eine Verallgemeinerung ist nicht möglich. Youtube-Blogger und Facebook-Aktivistinnen sind eher die Vorboten davon, dass sich sehr unterschiedliche gesellschaftliche Gruppen des Internets bedienen. Wie aufgeklärt der Aktivismus aus dem Netz sein wird, ist heute ungeklärt. Es spricht vieles dafür, dass sich im Internet mehr und mehr alle gesellschaftlichen Gruppen wiederfinden und diese es für ihre politische Tätigkeit nutzen.

### **G. Frage zu Demokratieformen und Technik (Fragen 11,12)**

Die Frage nach der Beförderung der „direkten Demokratie“ ist schwer zu beantworten. Bitte nehmen Sie die folgenden Gedanken nur als vorläufig, als unfertig, als Diskussionsgrundlage.

Die alte Unterscheidung von direkter und indirekter Demokratie erscheint mir gedanklich wenig hilfreich, weil sie gar nicht so trennscharf ist: Sie betrachtet nur die Autono-

---

<sup>16</sup> Daten bei <http://www.sistrix.de/news/1013-nutzung-sozialer-netzwerke.html>

mie eventueller Repräsentanten und ihr Getrenntsein vom Souverän. Sie sieht aber das Gesamtsystem nicht, in dem der Repräsentant nicht vollständig und dauerhaft ohne Berücksichtigung des Souveräns operieren kann, sondern komplexen Wirkungen unterworfen ist. Das Verhältnis ist eben keine einfache Delegation vom Vorgesetzten A an den Mitarbeiter M, sondern M kann periodisch A in seiner Rolle bestätigen oder ablehnen. A und M und ihre Wechselwirkungen untereinander und mit der Umwelt sind ein komplexes System.

Dass der Repräsentant ein Werkzeug des Souveräns ist, erkennt man daran, dass er mit Schaden rechnen muss, wenn er „Versprochenes“ nicht einhält. Man erkennt es daran, dass er auch während seiner Amtsperiode Rückkoppelung vom Souverän holen sollte (sonst unterliegt er im Wettbewerb mit anderen Repräsentanten) – vor allem dort, wo Unbesprochenes aufkommt, muss er sich des Souveräns rückversichern, damit er nicht die materielle Legitimation verliert. Wie man an zahlreichen Politikerrücktritten sieht, kann der Repräsentant nicht mehr wirken, wenn er seine Legitimation verliert; er ist also viel enger an den Souverän gekoppelt als die Theorie von der direkten und indirekten Demokratie glauben macht. Abgesehen davon ist er ja nicht irgendein Repräsentant, sondern ein ganz konkreter mit bestimmten Eigenschaften (z.B. Katholik, Unternehmer, alleinerziehend, radikaler X zu sein), so dass mit seiner Wahl bestimmte Erwartungen an sein künftiges Handeln verknüpft werden konnten. Man sieht das Prinzip deutlich, wenn man sich einen Wähler vorstellt, der seinen besten Freund zum Repräsentanten bestimmen darf. Am Ende zählt die soziale Einbettung und Bindung. Der Akt der Delegation sagt nichts aus über das Maß an Koppelung zwischen beiden Personen. „Indirekt“ heisst nicht „unabhängig“.

Mit diesen Gedanken wird hoffentlich klar, dass die Idee des „Repräsentanten“ nur eine der vielen Möglichkeiten ist, wie man Delegation gestalten kann. Materiell ist es ein Bündel von Vereinbarungen und Spielregeln. Es sind folgende Vereinbarungen, die als ein „Regel-Set“ für die Laufzeit einer Wahlperiode gelten:

- welche Handlungsregeln sind für den Repräsentanten ab Beginn seiner Tätigkeit verbindlich,
- welche Regeln gelten für den Kommunikationsfluss zwischen Souverän und Repräsentanten (in beide Richtungen),
- welche Regeln gibt es für Konflikte mit anderen Repräsentanten (oder Systemregeln)
- welche Dauer hat seine Funktion (ggf. differenziert nach Bereichen)
- in welchem Umfang ist der Repräsentant berechtigt, selbst wieder Repräsentanten zu bestellen und welche Regeln gelten dann für dieses neue Verhältnis
- Wer kann den Repräsentanten abberufen, ggf. wann und aus welchem Grund?
- ...

Bevor Sie mich für verrückt erklären oder ich selbst an diesem Thema verrückt werde: Die Unterscheidung zwischen „direkt“ und „indirekt“ ist nicht mehr wichtig. Sie war notwendig und sinnvoll, als Menschen dezentral gewählt werden mussten und sie körperlich an zentralen Orten zusammenkommen mussten, um miteinander zu kommunizieren (und das auch für Abwesende verfahrensmäßig und inhaltlich transparent). Es konnten ja nicht alle an einem Platz anwesend sein, Arbeitsteilung war das Ziel, um denjenigen zu entlasten, der an einen anderen delegiert hat. (Auch weil letzterer der Bessere war.)

Im Computerzeitalter ist jedoch der physische Ort der Beteiligten für ihre Kommunikation ohne Belang. Weder muss jemand delegieren, weil er nicht an zwei Orten gleichzei-



tig sein kann. Noch muss jemand, um (mit-) entscheiden zu können, an einem bestimmten Ort mit den anderen sein. Auch kann Transparenz hergestellt werden, wenn jemand abwesend ist.

Diese Veränderungen durch das Computerzeitalter bedeuten, dass wir ganz andere Regel-Sets als die des klassischen Parlamentarismus festlegen könnten:

- Beispielsweise könnten Experten stärker in Prozesse eingebunden werden (Delegation durch Bürger),
- beispielsweise könnte man Wahlperioden dynamisieren (es gibt keine langen Perioden mehr, sondern es wird „rollierend“ gewählt)
- beispielsweise könnte Beteiligte temporär noch mehr Regelungsbefugnisse erhalten,
- beispielsweise könnte es noch mehr unterschiedliche Rollen der Repräsentanten geben (z.B. wählt der Bürger einen bestimmten BT-Ausschuss direkt, z.B. kann der Bürger Abgeordnete „außerordentlich tauschen“ etc.)

Ich glaube, dass eine Politik, die sich mit immer komplexer werdenden Sachverhalten befassen muss und die nach eigenem Bekunden an einigen Stellen jetzt schon überfordert ist, gar keine andere Wahl hat, als ein solches „Regel-Update“ zu fahren. Und dafür braucht es gar keine weltanschaulichen Konflikte über „links“ und „rechts“, „direkt“ oder „indirekt“, sondern das ist eine Frage der Vernunft.

Aus diesem Grunde möchte ich sie ermutigen, über eine Modifikation von Entscheidungsprozessen nachzudenken und sie kleinen Bereichen der Gesellschaft explorativ zu erforschen. Mit dem Computer sind einige neue Entscheidungsverfahren möglich, die bisher zu aufwendig waren. Liquid Feedback geht also in die richtige Richtung. Nichts anderes als das Ausprobieren ist das Rezept der Geschichte - und nichts anderes wurde bisher von Menschen gemacht, auch vom Parlamentarischen Rat nicht.

Hamburg, 14. März 2012

Christoph Kappes

## H. Anlagen (2)

## Anlage 1: Fragen der Enquete-Kommission „Internet und Gesellschaft“

Nr.	Text:	Frakt.:	Komm. & Partizipation:	Andere:
1	Das Internet ist ein Konvergenzmedium, das bislang getrennte Kommunikationsformen vereint. Welche Rolle spielen dabei künftig journalistische Vermittlungsleistungen? Welche Beziehungen sind zwischen professionellem Journalismus und Social Media erkennbar? Welche Veränderungen können bereits jetzt bei politischen Meinungsbildungsprozessen festgestellt werden und welche sind noch zu erwarten?	CDU1	-	Journalismus –Social Media: Feststellungen & Erwartungen
2	Die Bereitschaft von Bürgerinnen und Bürgern, sich an öffentlichen Diskursen im Internet zu beteiligen, ist sehr unterschiedlich stark ausgeprägt. Welcher Ansatz sollte verfolgt werden, um die politische Kommunikation sowie das bürgerschaftliche Engagement mit Hilfe des Internets zu stärken? Ist eine Differenzierung zwischen den einzelnen Verwaltungsebenen (Bund, Länder und Gemeinden) ratsam?	CDU2	Wie bürgerliches Engagement stärken? Differenzierung Verwaltungsebenen?	-
3	Wie kann Software grundsätzlich dazu beitragen, politische Kommunikation und Partizipation zu verbessern und wo sehen Sie die technischen Herausforderungen?	FDP1	Software: Eignung, technische Herausford.	-
4	Wie schätzen Sie die gesellschaftliche Akzeptanz der politischen Kommunikation und Partizipation im Internet derzeit ein, welche Herausforderungen hinsichtlich dieser Akzeptanz sehen Sie und wie stellen Sie sich das ideale Partizipationsmodell der Zukunft vor?	FDP2	Akzeptanz heute, Herausforderungen, ideales Modell?	-
5	Wie hat das Internet bereits politische Kommunikation und Partizipation verändert? Was kann heute als "Standard" der politischen Kommunikation angesehen werden?	SPD1	Bisherige Änderung, heutiger Stand?	-
6	Welche Potentiale der Netzkommunikation werden schon genutzt? Inwieweit bleibt die Veränderung hinter den Erwartungen zurück?	SPD2	s.o.; Erwartungskonformität	-
7	Sind Strategien/Best Practices bekannt, eine Verbreiterung der Basis derjenigen, die sich aktiv am politischen Prozess beteiligen, zu erreichen?	SPD3	Wie mehr Beteiligte aktivieren?	-
8	Welche Vorteile ergeben sich durch die proaktive Veröffentlichung von Daten in maschinenlesbarer Form für die Transparenz politischer Entscheidungen und eine verbesserte Partizipation der Bürgerinnen und Bürger und welche Chancen bieten die bestehenden Informationsfreiheitsgesetze hier?	GRÜN1		Informationsfreiheit: Vorteile
9	Skizzieren Sie bitte Trends und Perspektiven für die nächsten Jahre im Hinblick auf die Transparenz politischer Entscheidungen. Wie wird sich voraussichtlich politische Kommunikation durch Informationsfreiheitsportale wie frag-den-staat.de oder die generelle Öffnung von Entscheidungen und deren Hintergründen verändern?	GRÜN2		Informationsfreiheit: Trends, Perspektiven
10	Hat sich mit der Netzkommunikation in Blogs, Foren und sozialen Netzwerken, eine neue Art von Öffentlichkeit herausgebildet? Wodurch zeichnet sie sich aus? Inwiefern verhält sie sich kritisch gegenüber der klassischen politischen Kommunikation von Parteien, Verbänden und anderen großen Organisationen?	LINKS1	Öffentlichkeit: neu, anders, kritisch?	-
11	Haben aus Ihrer Sicht die technischen Möglichkeiten der many-to-many-Kommunikation, die sich mit dem Internet entwickelt haben, zu einer verbesserten Teilhabe von Bürgerinnen und Bürgern am politischen Geschehen geführt? Inwiefern tragen aus Ihrer Sicht Instrumente wie Liquid Democracy und ähnliche E-Partizipationstools zu einer verbesserten Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern an Prozessen der demokratischen Entscheidungsfindung bei?	LINKS2	Stand, Rolle von Software (s. FDP)	-
12	Inwiefern befördern die neuen technischen Möglichkeiten direkte Demokratie, und in wie weit gerät dabei die repräsentative Demokratie unter Rechtfertigungsdruck?	LINKS3	Technik	Demokratieformen

# Thesen zu Veränderung von Politik durch Digitalisierung

---

Christoph Kappes, GRÜNE Akademie der Heinrich Böll Stiftung, 21. Januar 2012

*Dieses Thesepapier baut auf einer 40-seitigen Präsentation zur Mechanismen des Internets und Grundlagen auf. Es hat keinen wissenschaftlichen Anspruch, sondern ist aus Überlegungen zur technischen Entwicklung, zu den bisherigen Beobachtungen von Digitalisierung in anderen Bereichen als Politik und mit einem guten Schuss „rough guess“ und „Mut zur Lücke“ entstanden.*

## **Vorweg:**

1. Das digitale Zeitalter begann nicht mit „Social Media“ oder „Internet“, sondern Ende der 60er Jahre mit Computern in der Zivilgesellschaft. Es zeichnet sich aus durch Dokumentation (Aufzeichnung), Messung, durch Berechnung, Planung, Simulation, Verdichtung sowie die Steuerung von Prozessen in Schritten und macht Handeln effizienter in dem Sinne, dass es Ressourceneinsatz und Ergebnisse aneinander messbar macht, Information ohne Verzögerung bereitstellt und Standardisierung ermöglicht. Dieser Prozess wird noch mindestens 20 Jahre, eher 50 oder 100 Jahre weiter gehen, und er erfasst nun notwendig auch das Politische System und seine Interaktion mit seiner Umwelt.
2. Der hier betrachtete Zeithorizont ist langfristig, 10-20 Jahre.

## **(1) Medien**

1. Massenmedien sterben nicht, weil es ein Bedürfnis nach standardisierter sozialer Realitätskonstruktion gibt, Massenmedien ein Minimum an kultureller Gemeinsamkeit sicherstellen und weil sie im Informationsökosystem auch die anderen Medien (etwa die Blogosphäre und Social Media) sowie auch andere Teilsysteme der Gesellschaft versorgen.
2. Klassische Medien verlieren aber ihre starke Gatekeeper-Position aus mehreren Gründen. Ihre Wertschöpfungskette wird entbündelt und ggf. verkürzt, so wird die Distribution von technischen Dienstleistern übernommen, die Bestückung mit Werbeinventar, das Trafficmarketing werden entbündelt. Neue Torwächter treten hinzu, Aggregatoren wie Google und Facebook. Im Publikum entstehen Mega-Hubs wie Sascha Lobo, denen viele folgen. Die starren Organisationen im Publishing werden dynamisch, da alles außer Inhalte-Erstellung Dritte erledigen. Es kommt auch nicht mehr auf räumliche Nähe an, so dass verteilte Netze von Journalisten entstehen, die stärker als alte Produktmarken werden können. Nach bisheriger Entwicklung werden aber auch bekannte Einzeljournalisten („Stars“) wichtiger, die in ein gut gepflegtes Bouquet der Multiplikatoren hineingehören.

3. Für die Politik bedeutet dies, dass sie mit vier neuen Arten von Playern zu tun bekommt: „Algorithmischen“ Dienstleistern, Publikums-Mega-Hubs, neuen Journalisten-Marken, „Stars“. Die Diversität nimmt zu.

4. Soweit das Publikum selbst schreibt und direkt mit Politikern kommuniziert, werden Mediatoren ausgeschaltet. Die Macht der Medien nimmt ab, weil beide Enden zusammen finden wollen (Beispiel: Webcam des Präsidialamtes, Bürger sehen Stream, sowie die jüngste Entdeckung von Sigmar Gabriel<sup>1</sup>). Beide Enden wollen in elementaren Fragen zusammen finden, weil sie aufeinander angewiesen sind: Die Politiker auf das Publikum und umgekehrt. Auf der Agora braucht es aber keine Medien.

5. Das Internet ermöglicht dem Publikum Einsicht in die Vielfalt der Meinungen (und die Medienqualität). Dies führt zur Schwächung der Leitfunktion der Medien und beim Publikum zu Desorientierung.

## **(2) Publikum**

1. Die Phänomene der Politisierung, des Wissenserwerbs und der Desorientierung des Publikums – jedes für unterschiedliche Teile des Publikums in unterschiedlichem Masse - führen insgesamt zu „Unruhe“<sup>2</sup>.

2. Die Politisierung erfolgt nur bei einer Minderheit, die aktiv diskutiert. Durch internettypische Mechanismen von Verstärkung, Verdichtung und Verteilung wird dies jedoch für viele sichtbar, so dass diese ab gewissen Schwellwerten das Stimmungsbild prägt. Wer den argumentativen Erstschlag ausführt, hat einen Vorteil. Zusätzlich führen Aktivisten „Hacks der Politik“ durch (Imitation, Spiel, Fälschung etc.). Aufgrund der drei Mechanismen und zeitlicher Beschleunigung kommt es zu starken Schwingungen in der Intensität der Meinungsäußerungen und zu Erregungswellen in den sozialen Netzen, die aneinander überlagern. Die Massenmedien stoßen aufgrund ihrer kommerziellen Eigenschaften diese Wellen noch an und verstärken sie. Ob wichtige Mega-Hubs im Publikum oder öffentlich-rechtliche Medien dämpfend wirken werden, ist unklar.

3. Es ist wahrscheinlich, dass die Politik als Ganzes diese Erregungen stärker abbilden (internalisieren) wird.

4. Dieser Prozess dient der Revitalisierung der Strukturen der Politik.<sup>3</sup>

## **(3) Akteure der Politik**

1. Es entstehen neue politische Akteure, weil die Gesellschaft mehr Komplexität/Diversität bewältigen muss und weil die Eintrittsbarrieren durch Digitalisierung sinken.

2. Dies sind eher fluide Organisationsformen - mit variabler Bindung, Zeitspanne, Zweck, Kenntnis – bis hin zu losen Un-Strukturen wie Flickr und Guttenplag. Sie beherrschen auch Instant-Aktivismus/ -Kampagnen und operieren mit neuen Finanzierungsformen

---

<sup>1</sup> Facebook, <https://www.facebook.com/sigmar.gabriel/posts/333093273390068>

<sup>2</sup> vgl. Überlegungen bei Dirk Baecker

<sup>3</sup> Luhmann spricht von „Selbstdespontaneifikation und Rechaotisierung“

via Crowdfunding. Letzteres wird zunehmen, wenn es die Wirtschaft für Bonussysteme entdeckt.

3. Vorboten der Entwicklung sind sämtliche Netzpolitik-Akteure (digiges, D64, auch CCC et. al.) sowie Jedermann-Facebook-Fanpages und -gruppen.

4. Möglicherweise dienen soziale Strukturen, die heute im Internet zu finden sind, als Anhaltspunkte für künftige „Partei“-Organisation: Stichworte Open Source, Peer-To-Peer, Guttenplag, Design Thinking. Also Selbstorganisation (monozentrisch, polyzentrisch; redundant; network of networks, User-Modelle, Prototyping, Iteration.)

5. Politik-Akteure in öffentlichen Ämtern müssen sich über Rolle in Gruppenprozessen klarer werden. Empirische Studien zeigen, dass sie unterschiedliches Selbstverständnis haben (im übrigen auch abweichende Wertsysteme zu ihren Repräsentanten). Beispielsweise kann Leadership, Moderation oder Change Management richtig sein.

6. Zu Parteien als wichtigen Sonderfällen der Akteure siehe (8).

#### **(4) Messbarkeit, Vergleichbarkeit und Standardisierung**

1. Die Digitalisierung macht Aufwände und Ergebnisse von Politik messbar, dadurch wird der Diskurs rationaler und der Prozess rationalisiert, wie in der Wirtschaft seit 1970.

2. Wiederholung politischer Muster und Replay ihrer Digitalisate führt zum Erkennen der Muster und zu Standardisierung oder Vermeidung.

3. Durch den Wissenserwerb des Publikums müssen auch die Akteure der Politik mehr wissen.

4. Neue Formen von Aggregation, Monitoring, Prognosen und Alarme geben einerseits dem Publikum mehr Sicht auf sich selbst, und andererseits der Politik gute Sichten auf das Publikum. Durch diese neuen Formen wird die Notwendigkeit der heute propagierten 1:1-Kommunikation der Politikakteure mit Jedermann in Frage gestellt.

5. Jedermann hat frei verfügbare Dashboards mit Politik-KPIs<sup>4</sup>, mit denen z.B. soziale Messwerte angezeigt und verglichen werden können sowie Wählermeinungen (mit Drilldown und Filtern) und Performance-Kennzahlen der politischen Ergebnisse (Statistiken aller Art, Ranking nach Anzahl verfassungswidriger Gesetze etc.) und ihrer Akteure (Abwesenheitsquote im Plenum, durchgesetzte Vorhaben etc.).

6. Software-Agenten der politischen Akteure antworten automatisch oder halbautomatisch oder agieren regelabhängig (Standardisierung, Delegation, Automatisierung wie im Callcenter/Shop beim E-Mail-Bulk-Management)

7. Politiker twittern in der Regel nicht mehr ziellos, sondern zielgruppenoptimiert (Targeting/CRM/Database Marketing). Und nicht alle Politiker twittern gleichermaßen,

---

<sup>4</sup> Key Performance Indikatoren (= die wichtigsten Kennzahlen, um die Leistung z.B. einer Organisation zu steuern)

sondern in Umfang, Intensität und Zielgruppe im Rahmen ihrer Aufgaben. Einzel-Kommunikation setzt sich am Ende nicht durch, weil sie Vollkosten je Vorfall von durchschnittlich 12 EUR produziert, die auch durch Delegation nicht unterhalb eine Kostengrenze von 5 EUR gesenkt werden können.

8. Die Effizienz von Kommunikationsmaßnahmen und die Akzeptanz von Standpunkten werden in A/B-Tests mit Testpopulationen gemessen (s.u. 8.8).

## **(5) Transparenz zwischen Teilsystemen**

1. Durch die Hauptmechanismen des Kopierens und Automatisierens hebt das Internet informatorische Differenzen auf (zwischen beliebigen (!) Sphären)

2. Das Internet und Digitalisierung führen dazu, dass alle gesellschaftlichen Teilsysteme stärker dokumentieren (i.S.v. Aufzeichnen in Dokumente und Datenbanken)

3. Beide Phänomene zusammen führen zu erhöhter Transparenz zwischen den gesellschaftlichen Teilsystemen und erleichtern der Politik, relevante Inhalte anderer Systeme intern abzubilden.

4. So kann die Politik mehr Komplexität verstehen und verarbeiten, so nimmt sie auch Diversität ihrer Umwelt besser wahr.

5. Was nicht dokumentiert ist, gilt als nicht geschehen.

## **(6) Formen der Zusammenarbeit**

1. Die neuen Möglichkeiten der Gruppenzusammenarbeit werden zur gehobenen Kulturtechnik. Die Verbreitung dieser Werkzeuge setzt sich durch, denn sie ermöglichen örtlich unabhängige Zusammenarbeit und skalieren Organisationen räumlich und hierarchisch.

2. Beispiele heute sind z.B. Bearbeitung von Office-Dokumenten, Wikis, Hangouts. Meinungsbilder, Argumentationsleitfäden. Einige Software-Generationen weiter wird man aber auch spezifische Tools bzw. abstraktere Methodik haben, um politisch zusammenzuarbeiten. Dies verkürzt nochmals Zeiten und verbessert Ergebnisse.

3. Die Zusammenarbeit mit digitalen Werkzeugen ersetzt den persönlichen Kontakt nicht. Wie im Verlauf der Diskussion um E-Learning wird es nach einem Hype der Technokraten zu einer sinnvollen und integrativen Mischung aller Formen kommen, siehe *Blended Learning*.

4. Die Aufgabe von Politik ist es, neben dem Diskurs auch verbindliche Entscheidungen zu erzeugen. Der ideale Prozess der Gesetzeserzeugung hat Ähnlichkeiten mit dem Software-Engineering-Prozess, vom Anforderungsmanagement über das Versionsmanagement bis zu Bugtracking, Qualitätssicherung und Releasemanagement. Politik erzeugt Software im Sinne von Handlungsanweisungen. Law is code. Code is being executed.

## **(7) Transparenz**

1. Dem Zeitgeist der Transparenz kann sich die Politik gegen den Souverän nicht widersetzen.
2. Infolge dessen erhält das Publikum Einblick in die Profanität politischen Handelns und der Qualität ihrer Akteure.
3. Die Kenntnisnahme der Realität führt zum Zusammenbruch der Erzählung vom Politiker als Staatsmann, Vorbild, Saubermann.
4. Die eintretende Transparenz („Ich will ein gläserner Abgeordneter sein“) führt zur partiellen Selbst-Entmenschlichung der politischen Akteure, welche die Politik nicht attraktiver macht. Dieser Prozess ist unvermeidbar, da jedes anscheinend private Handeln unter dem Verdacht steht, nur scheinbar privat zu sein, bis es durch den Gegenbeweis widerlegt ist. Dieser Prozess ist auch unumkehrbar, weil der Souverän ihn treibt, denn die Transparenz anderer kostet ihn nichts, sondern bestätigt sogar seinen Mangel an Vertrauen, bis der Abgeordnete gläsern ist.
5. Da das Publikum von seinen tradierten Wunschvorstellungen nicht Abstand nimmt, wird es nach dem Prinzip des *Hire & Fire* die Politikressourcen solange austauschen, bis sie entweder verschlissen oder perfekte Schauspieler sind.

## **(8) Parteien**

1. Auch Parteien ändern ihre Organisation in fluide Formen. Die Frage von Mitgliedschaft wird zugunsten von Mit“arbeit“ nebensächlich. Dauerhafte Bindung wird nicht erwartet. Es gibt keine Lager, sondern ein dynamisches Zusammenwirken Vieler mit unterschiedlicher zeitlicher Bindung. s.o. (3) Ziffer 2.
2. Um Kommunikationszugang zu den Mega-Hubs im Publikum (lesend wie schreibend) zu optimieren, erhöhen Parteien ihre Diversität. Sie erreichen so einerseits andere Netzwerkknotten besser, andererseits bilden sie die gesellschaftliche Diversität besser ab. Personen mit hoher Reichweite und Mehrfachrollen zu aktivieren ist das Ziel (zum Beispiel Schauspieler), da die strikte Rollentrennung auch für diese Personen nicht durchhaltbar ist.
3. Weil Politikergebnisse messbarer, vergleichbarer und somit transparenter werden, kann es zu einer Rationalisierung von Politik oder zu einer Emotionalisierung kommen. Volksparteien werden so selbst entweder zum Betriebssystem (mit sehr vager inhaltlicher Festlegung) oder zu einem manipulativen Wählerfangverein – oder sie zerfallen durch Ausgründungen und Seitenableger, die selbst wiederum von Wahl zu Wahl neu konfigurieren. Das ist nicht besorgniserregend, weil im Unterschied zu historischen Gegebenheiten der Parteienzersplitterung die neuen Konstellation von vornherein vernetzte Strukturen sind (sozusagen GRÜN 1, GRÜN 2, GRÜN 3, ggf. auch mit Mehrfachzuordnungen von Personen). Die innere Organisation faltet sich also „inside-out“.
4. Personen werden wichtiger als die Partei. Es ist die Person, die über das Beziehungsgeflecht verfügt, und Vertrauen in große Netzwerke als Institutionen ist schwerer herzustellen. Für diese Prognose sprechen auch die beiden Alternativen der

(parteiübergreifenden) Rationalisierung oder der Emotionalisierung sowie schließlich die vermeintlich direktere Möglichkeit, im digitalen Raum mit der Person zu kommunizieren (z.B. Online-Webinar, -Sprechstunde, -Vortrag, -Anhörung). Die bisher fast ausschließlich geprägte medial vermittelte Wirklichkeit einer Person tritt dahinter zurück.

5. Rollen in Parteien werden sich ausdifferenzieren, die wir bisher noch nicht kennen. So mag es den Creator geben, den Denker, das Mega-Hub, das Frontschwein, den Newsbroker, den Kampagnenspezialisten, den Fremdkommentierer, den Satire-Video-Produzenten etc. Jeder macht, was er kann, in einer dynamischen Projektorganisation.

6. Die Bedeutung der Geographie als Ordnungsmerkmal für die innere Organisation von Parteien nimmt dramatisch ab, da gemeinsame Interessen und Themen als Bindemittel stärker werden. Gleichzeitig kommt es durch einen Boom an „Local Services“ zu einer Revitalisierung der Politik in der örtlichen Gemeinschaft, vgl. „Glokalisierung“. (Für die soziale Kommunikation werden Sprachbarrieren durch Digitalisierung und Englisch als einheitliche Sprache geringer werden.)

7. Parteien werden zu Medien, die nach eigener Regie in eigenen Formaten direkt mit dem Publikum kommunizieren und als Originalquelle nicht mehr auf Vermittler angewiesen sind. Der Partei-Talk kommt.

8. Politik wird das Publikum im Hinblick auf Wahlverhalten in Echtzeit messen. Hierzu stehen der politischen Spitze – anders als Jedermann (s.o. (4)) - Enterprise-Versionen von *Management Informationssystemen (MIS)* mit Dashboards zur Verfügung, welche die Folgen von Kommunikation in kleinen Testpopulationen simulieren können.

9. Gleichartige Software benutzen auch Lobbyisten, Aktivisten, Fanatiker und politische Gegner. Ob sie dem Reiz widerstehen, systematisch Informationsverschmutzung des digitalen Ökosystems zu betreiben, ist unklar.

## **(9) Demokratie als Herrschaftsform**

1. Die Digitalisierung birgt die Antwort auf den lange schwelenden Streit zwischen indirekter und direkter Demokratie, welche beide Vor- und Nachteile haben.

2. Entgegen den bisherigen Ausprägungen repräsentativer Strukturen erlaubt Software temporäre, spezifische, mehrstufige Delegationen, die zudem individuell unterschiedlich ausfallen. So könnten Meinungsbilder erzeugt und eine stärkere Rückkopplung der Repräsentanten erreicht werden. Hiervon strikt zu unterscheiden ist die Wahl von Repräsentanten, die vor allem den Anforderungen nach Art. 38 GG entsprechen muss.

3. Liquid Feedback sieht aus wie eine Software, ist aber ein Prozesswerkzeug.

4. Bei stärkeren nervösen Schwingungen und Aufschaukelungen zwischen Publikum, Medien und Politik kann es sinnvoll sein, den Meinungsbildungsprozess der Repräsentierten stärker von der Wahl der Repräsentanten zu entkoppeln. Tourbillon-Politik.<sup>5</sup>

---

<sup>5</sup> <http://de.wikipedia.org/wiki/Tourbillon>



*Diese Inhalte darf jedermann frei kopieren, sofern er unter Namensnennung des Autors auf die digitale Version auf [www.christophkappes.de](http://www.christophkappes.de) verweist oder bei Online-Zitaten verlinkt.*